

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- *Eine neue politische Konstellation – Seite 3*
- *Frankreich vor der Amtseinführung von Präsident Sarkozy – Seite 7*
- *Daseinsvorsorge in Gefahr: MVV-Konzern zerschlägt Kieler Stadtwerke! – Seite 12*
- *30 000 Postler demonstrieren „gegen Liberalisierung ohne Sachverstand“ – Seite 16*
- *Tausendköpfige Demonstration für Intoleranz in München – Seite 118*

Ausgabe Nr. 10 am 18. Mai 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Innenminister will weiter Anzeigepflicht

Ngo-online.de. 11.5. alk. Mit heftiger Kritik reagierte die Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung (IPPNW) auf einen inzwischen öffentlich zugänglichen Bericht des Bundesinnenministeriums über die Situation von „Menschen ohne Papiere“. Der Bericht mit dem Titel „Illegal aufhältige Migranten in Deutschland“ sei in weiten Teilen „nur juristischem Denken verhaftet“. „Trotz wiederholter Stellungnahmen von ärztlicher Seite zur inakzeptablen Praxis staatlicher Organe bei der gesundheitlichen Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus findet sich in dem Prüfbericht keinerlei Lösungsansatz, der den tatsächlichen Problemen dieser Menschen gerecht wird“, kritisiert die Vorsitzende der Ärzteorganisation, Angelika Claußen. Insbesondere würde die Beibehaltung – und teilweise sogar Verschärfung – der Meldepflicht öffentlicher Stellen an die Ausländerbehörde bei Bekanntwerden eines illegalen Aufenthaltes die Realität und die tatsächlichen Probleme dieser Menschen ausblenden.

Dass Kindern der Besuch von staatlichen Kindergärten und Schulen unmöglich gemacht werden solle, nur weil ihre Eltern gegen das Aufenthaltsrecht verstießen, sei „für einen humanitären Rechtsstaat ein Skandal“. Aus „berechtigter Angst“ vor Aufdeckung ihres illegalen Aufenthaltes und der daraus folgenden Gefahr einer Abschiebung für sich und möglicherweise der ganzen Familie „nehmen erkrankte Menschen ohne Papiere ärztliche Hilfe oft zu spät oder gar nicht in Anspruch“, so Claußen. „Als Ärzte werden wir auch weiterhin kranke Menschen ohne Ansehen ihres Aufenthaltsstatus behandeln und uns nicht von den Vorgaben des Bundesinnenministeriums behindern lassen“, kündigte Claußen für die Ärztinnen und Ärzte in der IPPNW an.

Bahnprivatisierung in Schwierigkeiten

Handelsblatt, 9.5. rül. Der Gesetzentwurf von Verkehrsminister Tiefensee zur Privatisierung und Vorbereitung des Börsengangs der Deutschen Bahn AG kommt in Schwierigkeiten. Das „Handelsblatt“ berichtet, dass sowohl das Innenministerium und das Justizministerium erhebliche Bedenken gegen die mit Bahnchef Mehdorn abgestimmte Gesetzesvorlage aus dem Hause Tiefensee haben. Kern des Streits ist die Frage, wer welchen Einfluss auf die Grundstücke und Gleisanlagen der Bahn hat, also auf

deren Infrastruktur. Hier handelt es sich um enorme Vermögenswerte, deren Kontrolle vermutlich auch maßgeblich sein wird für den an der Börse zu erzielenden Verkaufswert der Bahn. Das Grundgesetz schreibt in Artikel 87a vor, dass die Schienenwege „im Eigentum des Bundes“ sein sollen. Das will Tiefensee umgehen bzw. abschwächen, indem er im Gesetz zwar das juristische Eigentum beim Bund lässt, gleichzeitig aber das Netz, die Bahnhöfe, die Energieversorgung und die damit zusammenhängenden Bahn-Tochtergesellschaften für 15 Jahre der Bahn übergibt und der Deutschen Bahn sogar ermöglichen will, diese Anlagen in ihren Büchern zu bilanzieren. Dadurch gewinnt die Bahn enorm an Wert und wird für Investoren hochinteressant. Zusätzlich soll sich der Bund verpflichten, jährlich 2,5 Milliarden Euro an die Deutsche Bahn AG für Investitionen in das bestehende Bahnnetz und 1 Milliarde Euro pro Jahr für den Netzausbau zu zahlen. Die anderen Ministerien und offenbar auch erhebliche Teile der Regierungsfractionen kritisieren, dadurch werde das Eigentumsrecht des Bundes faktisch eine „leere Hülse“. Auch die FDP und die Grünen lehnen diese Planung von Tiefensee ab und fordern, die Privatisierung der Bahn zu verschieben.

Kein Mindestlohn im Bundestag?

n-tv, 11.5. rül. Die Ablehnung von gesetzlichen Mindestlöhnen durch die CDU-CSU-Bundestagsfraktion und ihre Parteien CDU und CSU hat eine neue pikante Note bekommen. Am 11.5. enthüllte die IG BAU, dass sie über eine Hotline, an die sich Beschäftigte wenden können, um sich über schlechte Arbeitsbedingungen und Löhne zu beschweren, erfahren habe, dass selbst Reinigungskräfte im Deutschen Bundestag schlechter bezahlt werden, als es das Gesetz vorschreibt. Die von der IG BAU mit den Vorwürfen konfrontierte Firma hat den Vorgang bestätigt. Sie zahlt angeblich „abhängig von der gereinigten Fläche“. Im Ergebnis erhalten die Reinigungskräfte dieser Firma im Bundestag einen Stundenlohn von 5,50 Euro, zum Teil noch weniger. Das erst kürzlich verabschiedete Entsendegesetz schreibt für Reinigungskräfte dagegen einen Mindestlohn in Höhe des von der IG BAU für diesen Bereich abgeschlossenen bundesweiten Tarifvertrag vor. Der schreibt ein Mindestentgelt von 7,87 Euro pro Stunde vor.

Bei Redaktionsschluss war offen, ob die Bundestagsverwaltung nun die Verträge für die betroffene Firma kündigt oder ob diese ihre Vergütungsregeln an die gesetzlichen Vorschriften anpasst.

Zusammenstellung: alk

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

Eine neue politische Konstellation

Der Erfolg der Linken bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen überraschte in dieser Höhe alle Beteiligten. Die Mobilisierungskrise, die seit den 80er Jahren ständiger Begleiter der SPD war, zeigt sich nun im neuen Gewand einer politischen Struktur.

Wie fast alle Stellungnahmen meinen, ergibt sich diese politische Struktur aus der gegenläufigen Entwicklung der sozialen Situation – Reiche reicher, Arme ärmer. Die Linke wurde von Menschen gewählt, die von sozialer Diskriminierung direkt betroffen sind. Bei den Arbeitslosen z.B. erhielt sie 22%.

Ausschlaggebend für das hohe Gesamtniveau war jedoch, dass auch Angestellte, Selbständige und Beamte die Linke wählten. Selbst in „traditionellen bürgerlichen Wohn- und Villenvierteln“ (siehe Tabelle) errang die Linke 5,1% der Stimmen, offenbar aus verletztem Gerechtigkeitsgefühl.

Durch die Wahl der Linken sollte ein Potenzial aufgebaut werden, das die anderen, regierenden Parteien zum Entgegenkommen zwingt. So argumentierten die Repräsentanten der Bremer Linken, und das drückt auch die Motive von

Lothar Bisky: Ein sensationeller Erfolg für DIE LINKE.

(...) Mit der Wahl in Bremen und Bremerhaven ist die Debatte um soziale Gerechtigkeit auch über die Landesgrenzen hinaus wieder aktuell. Die LINKE in Bremen, Bremerhaven und bundesweit wird dafür sorgen, dass die soziale Frage die Politik nachhaltig beeinflusst, dass Bürgerinnen und Bürger sich wieder stärker politisch einmischen, dass es Alternativen zur Rente mit 67, Alternativen zur Unternehmensteuerreform, zu Hartz IV und zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt.

Mit der Wahl in Bremen und Bremerhaven hat eine tiefgreifende Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses in Deutschland begonnen. Daran werden sich auch die SPD und die CDU gewöhnen müssen. Vielleicht ist es kein Zufall, dass dieser Durchbruch der Linken zuerst in Bremen und Bremerhaven gelungen ist.

In Bremen, als städtischer Region, prallen die Auswirkungen uns sozialer Politik heftig aufeinander. Bremen ist die Stadt der höchsten Millionärsdichte und der größten Kinderarmut. Die große Koalition auf Bundesebene und auf Landesebene hat bei der Lösung

Wählerinnen und Wählern aus. Im Wahlergebnis zeigt sich ein linkes Protestpotenzial, das erwartet, dass durch „Druck von links“, wie es in einem Wahlauftrag hieß, die großen Parteien angehalten würden, etwas für die Angleichung der Lebensverhältnisse zu tun.

Es gibt dabei eine Art Analogie zur Gewerkschaftsbewegung. Ähnlich wie die verbesserte Auftragslage ermutigt, eine Anhebung der abgesunkenen Tariflöhne durchzusetzen – „Plus is Muss“ –, macht es Sinn, bei verbesserter Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte Taten ausgleichender Gerechtigkeit einzufordern.

Der breite Strom sozialwissenschaftlicher Prognosen geht davon aus, dass die Tendenz zur Zerklüftung der sozialen Verhältnisse Ergebnis von Modernisierung und Globalisierung der Wirtschaft ist und lange wirksam bleiben wird. In einer solchen Situation hält sich die Konstellation, in der die unmittelbar Betroffenen eine Vertretung brauchen und das verletzte Gerechtigkeitsgefühl Ausdruck finden will.

Für uns als politisch Aktive würde es nun nahe liegen, in der Parteiarbeit die Funktion der Protestpartei stark herauszukehren. Das könnte aber auch ein Fehler sein. Interessant ist, dass und wie der Vorsitzende der Linkspartei, Lothar Bisky, in der Beurteilung der neu entstandenen Situation auf die Fähigkeit der Linken abhebt, eigene Alternativen zu entwickeln.

Offen für den Protest und fähig zur Entwicklung eigener Alternativen – die-

dieser Probleme versagt. Die sozialen Gegensätze wachsen und sind mit Standort- und Wettbewerbspolitik nicht zu bewältigen. Deshalb sind SPD und CDU mit recht die großen Verlierer dieser Wahl (mit mehr als 5% minus bei der SPD und 4,2% bei der CDU). Sie wurden für ihre unsoziale Politik sowohl im Bund als auch im Land abgestraft.

Es hat der SPD auch nicht mehr genutzt, die Bremer Wahl zur Volksabstimmung über einen Mindestlohn zu erklären. Es reicht nicht, den Mindestlohn wie eine Monstranz vor sich her zu tragen und ihn dann nicht ernsthaft in Angriff zu nehmen. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Frau Merkel hat ihn ja nun erneut abgelehnt und ich sehe nicht, dass die SPD erfolgreich darum kämpft. (...)

Die Wahl in Bremen und Bremerhaven hat gezeigt: In Deutschland entsteht dauerhaft eine politische Kraft links neben der Sozialdemokratie. Das mag hierzulande immer noch überraschen, doch es ist europäische Normalität. Dieser Erfolg ist ein Signal an unsere europäischen Partnerparteien, die den Parteineubildungsprozess von Anfang an mit viel Sympathie und großen Hoff-

se Anforderungen sind in der Parteipraxis nicht leicht zu vereinbaren. Vor der Bremer Wahl war das für viele gar nicht vorstellbar. Zwischen großen Teilen der Linkspartei und großen Teilen der WASG tobte unter dem Stichwort „Berlin“ eine scharfe Auseinandersetzung. Letztere befürchteten, dass der Protest durch eine Politik, die Alternativen nicht nur entwickeln, sondern im Bündnis regierend verwirklichen will, unglaubwürdig wird.

Diese Befürchtung ist nach den Bremer Wahlen hinfällig. Die Bremer Wählerinnen und Wähler haben sich an der Berliner Regierungsbeteiligung zumindest nicht gestört. Wenn es so ist, wie wir vermuten, dass sie durch ihre Stimmabgabe ein Protestpotenzial aufbauen wollen, um auf diesem Wege die Regierungspolitik zu beeinflussen, ist das auch nahe liegend. Es ist sogar denkbar, dass viele die Linke nur oder auch gewählt haben, weil der in Teilen etwas wilde und unklare Protest der im Westen jungen Partei durch den Nachweis der Fähigkeit zu Alternativen ergänzt wurde. Womöglich haben sich nicht wenige Wählerinnen und Wähler überhaupt nur unter dieser Voraussetzung von der SPD (oder den Grünen) gelöst.

In der nun entstandenen Konstellation kann die Linke je nach konkreter Sachlage in den Kommunen und Ländern opponieren oder „mitregieren“. Daraus kann nun keine Glaubensfrage mehr gemacht werden. Auch das lässt aufatmen.

Christiane Schneider, Alfred Küstler

nungen verfolgen.

In der vergangenen Woche habe ich mich mit dem Vorsitzenden der KP Böhmen und Mähren Vojtech Filip getroffen. (...) Im Juni/Juli fahre ich zu einem Erfahrungsaustausch nach Amsterdam zu meinen Freunden von der SP, deren erfolgreicher Wahlkampf durchaus ähnlich dem Auftreten unserer Kandidatinnen und Kandidaten in Bremen war. Und ich werde zu unserer Europafraktion nach Straßburg fahren.

Ich will damit deutlich sagen: Die Partei der LINKEN wird eine internationalistische Partei und ein aktives Mitglied in der Partei der europäischen Linken sein. Wir werden – wie in Bremen – die soziale Frage konsequent stellen, auch um damit den Vormarsch der Rechtsextremen stoppen zu helfen. (www.sozialisten.de, 14.5.)

Oskar Lafontaine: Parteienlandschaft wird sich dauerhaft verändern

(...)

Aber Bremen ist schon immer ein Stück weiter links als andere Regionen im Westen. Könnte der Erfolg nicht auch eine Eintagsfliege bleiben? ➔

Nein. Die Parteienlandschaft wird sich dauerhaft verändern. Die bisherigen Parteien stehen für Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen. Das kann ja nicht im Interesse der Wählerinnen und Wähler sein. Insofern war Bremen wirklich ein neuer Anfang. Die Linke wird dort eine ähnliche Aufgabe haben wie die Linksfraktion im Bundestag. Es gibt eine ganze Reihe von Themen, die nur durch die Linke auf die Tagesordnung kommen. Ein Beispiel ist der Mindestlohn, obwohl jetzt alle so tun, als hätten sie ihn entdeckt.

Spüren Sie persönlich so etwas wie Genugtuung?

Ich empfinde schon Freude: Der Versuch, die deutsche Politik nach links zu verschieben und der sozialen Gerechtigkeit wieder eine Stimme zu geben, hat in Bremen Auftrieb bekommen. Wir haben jetzt gute Chancen, nächstes Jahr auch in der Hamburger Bürgerschaft vertreten zu sein. Ich rechne jetzt sogar damit, dass die Linke in den Flächenländern Hessen und Niedersachsen in die Landtage einziehen kann. Und auch in Bayern sind unsere Chancen nach Bremen nicht kleiner geworden.

(...)

Sächsische Zeitung vom 14. Mai 2007

Reaktionen aus SPD und Grünen auf das Wahlergebnis der Linken.

Hamburg (ddp). Nach der Wahl in Bremen werden in der SPD Forderungen an die Parteispitze nach einer Kurskorrek-

tur und zur Änderung ihres Verhältnisses zur Linkspartei laut. Insbesondere der linke Parteiflügel verlangt Konsequenzen. „Das Signal von Bremen ist, dass sich die SPD als linke Volkspartei stärker positionieren muss“, sagte der Sprecher der Parlamentarischen Linken der SPD, Ernst Dieter Rossmann. Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Ottmar Schreiner forderte, die Linkspartei nicht weiter als Tabu zu betrachten. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit warnte die SPD-Spitze davor, den Wahlerfolg der Linkspartei auf die leichte Schulter zu nehmen. (...) „Man darf die Kompromisse nicht dauernd schönreden“, kritisierte er. „Die Wähler verlangen mehr von uns als Behaglichkeit im Regieren.“ (...) Schreiner betonte: „Es wird sich für die SPD nicht auszahlen, die Linkspartei weiter als Tabu zu betrachten. Damit beschneiden wir uns die eigene Machtperspektive. Demokratische Parteien müssen miteinander koalitionsfähig sein. Es ist nicht einzusehen, dass das für die Linkspartei nicht gelten soll.“ Wowereit mahnte, wenn sich in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs eine Partei links von SPD etablieren könne, müsse das ernst genommen werden. Die Sozialdemokraten müssten darum kämpfen, die Wähler wieder zurückzugewinnen. Die über acht Prozent der Linkspartei seien Stimmen der SPD gewesen. Grünen-Chefin Claudia Roth will in Zukunft auch mit der Linkspartei zusammenarbeiten. „Wir wollen uns

prinzipiell für alle Parteien öffnen und deswegen würde ich nicht von vornherein und für alle Zeit Nein zur Linkspartei sagen“, sagte sie. Voraussetzung sei allerdings, dass die Linkspartei sich bei der Klima-, Sozial- und Friedenspolitik noch deutlich bewegt. (...) (ddp, 15.5.)

Der Sprecher der SPD-Rechten im „Seeheimer Kreis“, Johannes Kahrs, riet seiner Partei, ihre Reformpolitik fortzusetzen. Allerdings müsse sie sich überlegen, wie sie ihre Anhänger künftig stärker zum Wahlgang motivieren könne. „Dann hat sich das mit der Linkspartei ganz schnell erledigt.“ Forderungen nach einer sozialeren Politik der SPD wies Kahrs zurück. Es gebe in seiner Partei „einige gefühlsduselige Menschen, die die Realitäten nicht verstehen“. (Focus online, 14.5.)

„Klares Signal aus Bremen für einen Aufbruch ins Grüne“

Die Bremer SPD mit dem amtierenden Bürgermeister Jens Böhrnsen will nach Angaben von Linnert mit einer Einladung zu Sondierungsgesprächen auf die Grünen zukommen. „Wir haben keine Vorbedingungen“, so die Grüne Spitzenfrau, „ich werde nicht in Erbsenzählerei ausbrechen.“ Das sei der Politikstil der Großen Koalition, die seit zwölf Jahren in der Hansestadt regiert.

Der Einzug der Linkspartei.PDS, die erstmals in einem westdeutschen Landtag vertreten sein wird, bedeutet nach Ansicht von Bütikofer einen „Einschnitt“. Allerdings sei die Linkspartei

Pressespiegel vom 13. Mai

Weser-Kurier (Bremen):

Jeder hatte erwartet, dass die Große Koalition ... nach zwölf Jahren Regierungszeit abgestraft würde. Also eigentlich keine Überraschung? Aber doch! Die Art in der dies geschehen ist, kann vor allem die SPD nicht kalt lassen. Das zweitschlechteste Ergebnis in der Nachkriegs-Geschichte der Bremer Sozialdemokraten macht die SPD nicht zum Wahlsieger. Auch wenn Jens Böhrnsen, der sich zum ersten Mal zur Wahl stellte, dies behauptet. Die Partei hat an die Linke abgegeben und zwar heftig. Die dunkelroten Heilsversprecher haben zum Beispiel bei den Arbeitslosen offene Ohren gefunden.

Die Welt (Hamburg):

Das überraschend gute Abschneiden der Linkspartei schließlich dürfte vor allem die SPD nervös gemacht haben. Gewiss sind die über acht Prozent des Bremer Abgelegers der ehemaligen SED auch den speziellen sozialen und wirtschaftlichen Problemen großstädtischer Ballungsräume anzulasten. SPD-Mann Böhrnsen hat nun die Chance, durch eine Koalition mit dem bündnisgrünen Wahlsieger die linke Mitte neu zu erfinden – und den Umverteilungspopulisten um Gysi und Lafontaine damit den Wind wieder aus den Segeln zu nehmen, den die Große Koalition in den zurückliegenden Jahren erzeugt hatte. Psychologisch ist der Einzug der Linken in den ersten westdeutschen Landtag für das Berliner Karl-Liebknecht-Haus ohne jeden Zweifel ein großer Erfolg. Den Beginn der Westausdehnung muss er noch nicht unbedingt bedeuten.

Bild (Hamburg):

In Bremen haben sich zwei Regeln bestätigt. Erstens: Wer regiert, verliert! Zweitens: Große Koalitionen helfen den kleinen Parteien! SPD und CDU verloren deutlich an Stimmen. An wem, wenn nicht an den Großkoalitionären von Bremen und Berlin, sollten die Wähler auch sonst ihren Ärger auslassen? Dieser Protest gegen Schwarz-Rot in Berlin beziehungsweise Rot-Schwarz in Bremen war Wasser auf die Mühlen von Grünen, Linkspartei/PDS und FDP. Die großen Gewinner sind eindeutig die Linken. Die Gysi-Lafontaine-Truppe zieht zum ersten Mal in ein westdeutsches Landesparlament ein. Das hätte noch vor zwei Jahren niemand für möglich gehalten. Die Verluste und die neue Konkurrenz von links könnten die SPD nervöser machen und die Neigung verstärken, in Berlin auf Konfrontationskurs zu gehen. Das ist eine schlechte Nachricht für Angela Merkel und Franz Müntefering – und damit auch für die ganze Republik.

Financial Times Deutschland (Hamburg)

Nicht nur der Wahlgewinner, die Grünen, sondern auch Teile der SPD setzen nun darauf, dass der alte und neue Bremer Bürgermeister Jens Böhrnsen die seit 1995 bestehende Koalition mit der CDU aufgibt und auf diese Weise Rot-Grün ins politische Spektrum zurückholt. Doch es hieß, Bremens Bedeutung zu überschätzen, daraus Konsequenzen für die Bundeskonstellation abzuleiten.

Wichtiger ist für die SPD – und auch die Union – deswegen das Abschneiden der Linkspartei. Sie hat mit

dem triumphalen Einzug in die Bürgerschaft in Bremen den Sprung von Ost nach West vollzogen. Das ist mehr als ein symbolischer Erfolg. Es unterstreicht nochmals, was CDU und SPD schon seit einiger Zeit schwant: Die Linkspartei wird nicht einfach so wieder aus der politischen Landschaft verschwinden. In der SPD wird damit in den nächsten Jahren die Versuchung wachsen, eine linke Mehrheit in Deutschland auch in die reale politische Option einer Koalition umzusetzen. Vorläufig aber heißt es für SPD und Union, was Vizekanzler Franz Müntefering gerade im Interview bekräftigt hat: Große Koalition bis 2009. In der Sitzung des Koalitionsausschusses am Montagabend müssen sie versuchen, bei den Streitthemen von Mindestlohn bis Kinderbetreuung Kompromisse zu finden, mit denen beide Seiten leben können. Denn darauf kommt es für beide derzeit an.

Berliner Zeitung (Berlin)

Wenn es SPD und Grünen im Versuchslabor Bremen gelänge, Rot-Grün vom Makel des gescheiterten Projekts der Jahrtausendwende zu befreien, könnten sich daraus auch neue Mehrheitsperspektiven entwickeln. Das gilt für eine Kooperation mit der FDP, die für die Liberalen attraktiver sein könnte als ein Bündnis mit der konservativen CDU. Das gilt aber auch für die Linkspartei, die es in Bremen ins Parlament geschafft hat – erstmals in einem westlichen Bundesland. Das ist ein großer strategischer Erfolg, der zwar auch auf Kosten der SPD gegangen ist. Der aber mittelfristig die Machtoptionen der Sozialdemokraten um eine weitere Variante vergrößert. Das Berührungsverbot namens Oskar La-

Erste Analysen des Statistischen Landesamtes Bremen

Tab. 4

Stimmenanteile ausgewählter Parteien bei den Bürgerschaftswahlen (Landtag) 1999 bis 2007 in der Stadt Bremen nach Gebietstypen

Gebietstyp	SPD			CDU			GRÜNE			FDP			Die Linke.		
	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007	1999	2003	2007
Stadt Bremen	42,7	43,3	37,2	37,7	29,4	25,8	9,1	13,5	17,3	2,1	3,9	5,4	3,1	1,8	8,7
darunter															
City, Cityrand (CCR)	33,9	38,1	27,3	29,5	19,7	17,5	21,8	29,7	34,4	2,2	3,8	5,2	9,1	4,0	12,8
Trad. bürgerl. Wohn-, Villenviertel (TBVI)	28,4	32,5	26,0	52,3	40,0	38,4	10,5	16,1	19,7	3,5	6,1	7,9	2,2	1,1	5,3
Ältere Arbeiterviertel (ÄAV)	51,1	49,3	44,9	32,7	26,4	22,0	5,4	8,4	10,5	1,7	3,3	4,6	2,3	1,7	9,5
Großsiedlungen (GS)	46,4	44,9	42,0	39,5	32,4	26,6	4,4	7,2	10,3	1,7	3,6	5,2	1,6	1,3	8,0

Die Linke. In Bremen: Erfolgreicher bei Männern als bei Frauen, zweistelliger Stimmanteil bei 45-bis unter 60-Jährigen
Die erstmals in die Bürgerschaft einziehenden Mitglieder der Partei „Die Linke.“ konnten einen Stimmanteil von 8,9% (bei den für die Stichprobe erfassten Stimmbezirken, die Red.) für sich verbuchen. Altersspezifische Unterschiede im Stimmanteil lassen sich dabei im Großen und Ganzen nur wenig erkennen. Mit Stimmanteilen zwischen 6,4% (18- bis unter 25-Jährige) und 9,2% (35- bis unter 45-Jährige) weichen die einzelnen Altersgruppen nur wenig vom Durchschnitt ab. Als einzige Ausnahme sind die 45- bis unter 60-Jährigen zu sehen, deren Stimmanteil für „Die Linke.“ mit 12,7% deutlich im zweistelligen Bereich liegt. In allen Altersgruppen haben relativ mehr Männer als Frauen „Die Linke.“ gewählt; im Durchschnitt aller Altersgruppen lagen die Stimmanteile der Männer bei 11,1% und die der Frauen bei 7,0%.

DVU und Linke in Bremerhaven in den gleichen Stadtvierteln überdurchschnittlich

2003 erhielt die PDS in den Ortsteilen Bremerhavens maximal 2,2% der Stimmen (Goethestraße), in ganz Bremerhaven 1,1%. Ihre Nachfolgerin, Die Linke, konnte 2007 stadtweit 6,9% der Stimmen sammeln. Über 10% erzielte sie im Ortsteil Fischereihafen (13,6%), gefolgt von Goethestraße (9,1%) und Mitte-Nord (9,1%). Unter 5% blieb die Linke in keinem Ortsteil, die wenigsten Stimmen erhielt sie in Speckenbüttel (5,1%).

Trotz Verlusten in fast allen Ortsteilen (Ausnahmen Fehrmoor und Buschkämpen) kommt die DVU in Bremerhaven wieder über die 5%-Hürde. Sie bekommt die meisten Stimmen in den Ortsteilen, in denen auch Die Linke sehr stark ist: Goethestraße (10,0%) und Fischereihafen (9,1%). In 11 von 23 Ortsteilen bleibt sie unter 5%.

Die zum ersten Mal bei einer Bremischen Bür-

gerschaftswahl kandidierende Partei Bürger in Wut (BIW) verfehlt nur knapp einen Sitz im Parlament. Sie erreicht stadtweit 4,99 % der Stimmen. In 14 von 23 Ortsteilen erzielte sie mehr als 5 % der Stimmen.

[Zur Interpretation: Es ist nicht so, dass massenhaft bisherige DVU-Wähler zur Linke gegangen wären; Der Anteil der rechten Parteien ist sowohl in absoluten Zahlen als auch in Prozenten angestiegen. Die rechten Wähler haben aber neben der DVU auch die rechtspopulistische Gruppierung „Bremen in Wut“ als Wahlmöglichkeit gehabt. Der Zuwachs bei der Linken kommt wohl eher von linkeeingestellten Wählern (weniger Wählerinnen), die sich als Modernisierungsverlierer fühlen, und jetzt in der Linken eine wählbare Partei gefunden haben.])
(Daten aus verschiedenen Veröffentlichungen des Statistischen Landesamtes Bremen unter: www.statistik.bremen.de)

nicht für die Grünen ein Problem, sondern für die SPD. „Wir Grüne haben bereits in Berlin gezeigt: Wir können auch in direkter Konkurrenz mit der PDS dazugewinnen.“

Für Bündnis 90/Die Grünen hat die Wahl in dem kleinen norddeutschen Bundesland eine Bedeutung über die Stadt hinaus. Bütikofer sprach von einem „klaren Signal aus Bremen für ei-

nen Aufbruch ins Grüne“ und mit Blick auf die Landtagswahlen 2008 von einer „Ermutigung, die weit über Bremen hinausgeht“. (www.gruene.de 14.5.2007)

fontaine wird irgendwann keine Rolle mehr spielen. Spätestens dann könnte sich die linke Mehrheit, die es rechnerisch in Deutschland schon lange gibt, zu einem regierungsfähigen Bündnis finden.

Handelsblatt (Düsseldorf)

Es stimmt: Durch ihren Bremer Wahlerfolg hat die Linkspartei erstmals den Einzug in einen westdeutschen Landtag geschafft. Es ist auch verständlich, dass die Linken diesen Erfolg überhören, so gut es geht. Jetzt gebe es eine andere Parteienlandschaft in Deutschland, die Linkspartei habe ihr Image als Regionalpartei mit ostdeutscher Identität abgelegt, ertönt es von Links. Da heißt es, die Füße ruhig zu halten.

Doch hier handelt es sich um eine Wahl, die alles andere als repräsentativ für ganz Westdeutschland sein kann. Die Wählerwanderungs-Erhebungen werden es zeigen: Im traditionell roten Bremen haben aller Voraussicht nach viele linke SPD-Wähler die neue Partei ausprobiert. Und das vor allem aus Protest: Die Unzufriedenheit mit der Rolle der SPD in der Großen Koalition in Berlin dürfte eine wichtige Motivation gewesen sein.

Die bevorstehende Fusion mit der Kleinpartei Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Bundespartei Die Linke wird nun zwar reibungsloser über die Bühne gehen. Der Kurs, mit dem neue Wählerschichten in den alten Ländern erschlossen werden sollen, scheint ja bestätigt zu sein. Doch sollte sich die Linkspartei auch hier vor Illusionen selbst feien: In Bremen hat sie für dieses Ziel des ersten wichtigen Erfol-

ges im Westen viel getan. In Flächenländern wird sie sich schwerer tun.

Auch die Wählerstrukturen sind in anderen Bundesländern andere. Da haben Oskar Lafontaine und Gregor Gysi noch ganz schön zu ackern. Die nächsten Dienstreisen in Sachen Beglückung des Westens mit dem Sozialismus gehen in die ländlichen Gebiete Niedersachsens und in die Finanzhochburg Hessen.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt)

Seit Sonntag hat nun auch die Linkspartei/PDS nach vielen vergeblichen Versuchen in einem westdeutschen Landesparlament Fuß gefasst. Ihr gutes Ergebnis bei der Bundestagswahl 2005 und ein hohes, seit Jahren zwischen rechts- und linksextremen Gruppen irrlichterndes Protestwählerpotential hätten der SPD eine Warnung sein müssen: Mit Profillosigkeit und scheinbarer Äquidistanz zu Gewerkschaften und Konservativen war der Aufstieg der Linkspartei im Westen nicht zu stoppen. Zudem kommt es immer einer Wählertäuschung nahe, die Koalitionsfrage offenzuhalten, wenn von vornherein klar ist, dass eine Alleinregierung nicht in Reichweite liegt.

Stuttgarter Zeitung (Stuttgart)

Wie im Bund murrten deshalb die Wähler in Umfragen heftig über die Arbeit von CDU und SPD – ohne sich aber ein anderes Regierungsbündnis zu wünschen. Die Bürger wissen: im hoch verschuldeten Bremen ist der politische Gestaltungsspielraum gering. Dass die Grünen sehr achtpfand abgeschnitten haben, ist sicher nicht

nur eigener Anstrengung, sondern auch der Ermattung im Bündnis von CDU und SPD zuzuschreiben. Doch welche Schlussfolgerung zieht die SPD aus dem Erfolg ihres ehemaligen Lieblingpartners? Nach dem Ende aller rot-grünen Bündnisse im Bund und den Ländern wäre eine derartige Konstellation in Bremen ein kleiner, bunter Versuchsballon. Doch selbst bei einem Koalitionswechsel wäre die Bremer Wahl für ein bundesweites Signal zu unbedeutend. Bemerkenswert ist am ehesten, dass die Linkspartei unter optimalen lokalen Bedingungen erstmals in ein westdeutsches Landesparlament einzieht. Aber auch hier gilt: Bremen ist nicht die Republik.

Süddeutsche Zeitung (München)

In den sozialen Brennpunkten der alten Bundesrepublik haben die Enttäuschten, die Wütenden und Zornigen, so sie überhaupt wählen gegangen sind, bisher gern Rechtsaußen gewählt: in Bremerhaven tun sie das immer noch. Aber das beginnt sich womöglich zu ändern: In Bremen haben die Globalisierungsverlierer links hinten votiert. Die Wähler im kleinsten Bundesland haben der Linkspartei die Tür in den Westen aufgestoßen. Es sieht so aus, als könne diese Partei den Populismus und den Sozialkonservatismus erfolgreich zusammenführen. Wenn es so wäre, dann wäre der Sonntag, 13. Mai 2007, ein historisches Datum für die Parteiengeschichte. Dieser Wahltag in Bremen markierte dann den Anfang vom Ende des Vierparteiensystems in ganz Deutschland.

Jedes Mittel Recht?

Aus trüben Quellen gespeist – das Blatt selbst führt „Sicherheitsbehörden“ an –, gab die „Welt“ (10.5.) als Hintergrund für die Razzien des 9. Mai folgende „Pläne militanter Gruppierungen“ zum besten: „G-8-Gegner sollen ‚Exekutionen‘ erwogen haben.“ „Die MG (‚militante Gruppe‘)“, heißt es weiter, „führt eine ‚Militanzdebatte‘, die einer Radikalisierung der autonomen Szene dienen soll. Dabei wird sogar mit Knieschüssen und ‚Exekutionen von Entscheidungsträgern‘ aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft gedroht.“ Diese Hetze ist so maßlos wie die von der Bundesanwaltschaft angewiesene Aktion selbst, bei der 900 BKA- und LKA-Beamte 40 Objekte durchsuchten, darunter auch einen Verlag und einen Provider, Unterlagen und Computer beschlagnahmten, Archive heimsuchten (so das Archiv sozialer Bewegungen in Hamburg und das Umbruch Bildarchiv in Berlin) ... Die vielfach geäußerte Vermutung, dass die polizeiliche Großaktion vor allem der Auskundschaftung und Einschüchterung diene, liegt angesichts der Umstände nahe: Trotz weit reichender Vorwürfe (Bildung einer terroristischen Vereinigung, der etliche Brandanschläge angelastet werden und deren Ziel es v.a. sei, mit Brandanschlägen und gewalttätigen Aktionen den G8-Gipfel erheblich zu stören bzw. zu verhindern) gab es z.B. keine einzige Verhaftung, auch fanden nicht bei allen namentlich Beschuldigten Hausdurchsuchungen statt.

Die Kritik trifft zu, greift aber zu kurz. Erstens fällt auf, dass die Durchsuchungsbeschlüsse den im §129a genannten Zwecken (Mord, Totschlag oder Völkermord, Straftaten gegen die persönliche Freiheit), die eine Vereinigung als „terroristische“ charakterisieren, einen weiteren hinzugefügt hat, nämlich die Schädigung der internationalen Position der BR Deutschland als verlässlicher Partner der acht wichtigsten Wirtschaftsnationen. Damit wird Kritik an imperialistischer Politik direkt in den Fokus von „Terrorismusbekämpfung“ genommen. Außerdem werden nun offensichtlich auch Sachbeschädigungen (z.B. durch Farbbeutel) als „terroristische Taten“ verfolgt.

Zweitens reiht sich die Großrazzia in eine Kette vorbereiteter Gesetzesverschärfungen ein, und sie kündigt eine Verschärfung der Repression an. Neben den bekannten „Antiterrormaßnahmen“ bzw. -vorhaben – der rechtlichen Absicherung von Online-Durchsuchungen, der polizeilichen Nutzung des LKW-Mautsystems und elektronisch gespeicherter Fotos, der Ausweitung der Rasterfahndung – wollen Innenminister Schäuble (CDU) und Justizministerin



Bild: Indymedia

Zypries (SPD) den Paragraphen 129a (terroristische Vereinigung) auf Einzeltäter ausweiten; bisher ließ er nur die Verfolgung von Gruppen mit mindestens drei Mitgliedern zu. Damit würde der §129a vollends zum Willkürinstrument staatlicher Verfolgung. In Bezug auf den G8-Gipfel hat Schäuble mit der Möglichkeit des Unterbindungsgefahrswahrsams gedroht, die die Polizeigesetze der Länder bieten. Danach könnten, so Schäuble, unterstützt vom CDU-Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns und dem Hamburger Innensenator, „gewaltbereite Chaoten“ bis zu 14 Tage in Polizeigewahrsam genommen werden. Für die Zeit des Gipfels zeichnet der Bundesinnenminister eine ernste Gefährdungslage, wobei die von ihm beschworenen Gefahren von Sachbeschädigungen, militanten Aktionen am Rande von Demonstrationen bis zu Terroranschlägen (Schäuble wörtlich: „Während des G-8-Treffens in Gleneagles hat es die schrecklichen Anschläge von London gegeben“) reichen und zu einem Gefahrenbrei verschwimmen.

Inzwischen hat die Polizei einen für den 7. Juni geplanten Sternmarsch des Dissent-Netzwerkes auf Heiligendamm verboten und de facto eine Demonstrations-Verbotszone auch außerhalb des Zauns verfügt. *Christiane Schneider*

Über die aktuelle Haftsituation Öcalans und die politischen und juristischen Aspekte staatlicher Sondergefängnisse

Gefangene im rechtsfreien Raum

In Hamburg fand kürzlich eine Veranstaltung mit dem Rechtsanwalt Mahmut Sakar (Verteidigerkomitee von Abdullah Öcalan) und Rechtsanwalt Dr. Heinz-Jürgen Schneider (Verteidiger von Christian Klar) statt. Wir veröffentlichen einen Bericht über diese Veranstaltung, die sich mit der höchst beunruhigend Tendenz der Außerkraftsetzung von Recht im Zusammenhang des „Kriegs gegen den Terror“ befasste.

Die aktuelle Haftsituation von Abdullah Öcalan

Seit seiner Verschleppung aus Kenia

wird Abdullah Öcalan (Vorsitzender der Arbeiterpartei Kurdistans) als einziger Gefangener auf der Insel Imrali festgehalten. Das dortige Gefängnis existiert seit den 30er Jahren, mittlerweile ist es als Hochsicherheitstrakt auf dem höchsten technischen Niveau umfunktioniert worden. Diese Technologie wird auch auf andere Gefängnisse in der Türkei ausgedehnt.

Während alle türkischen Gefängnisse dem Justizministerium unterstehen, ist Imrali dem Krisenstab des Ministerpräsidenten zugeordnet. Nach der türkischen Verfassung ist es zwar möglich, einen Krisenstab in Ausnahmesituationen (für bis 6 Monate) einzurichten; dieser Krisenstab besteht allerdings kontinuierlich seit 1999. Folge ist die Aushebelung der juristischen Ebene. Bei Verfügen des Krisenstabes gibt es keine gesetzliche Möglichkeit, gegen diese vorzugehen. Klagen werden zurückgewiesen, weil die Gerichte ihre Zuständigkeit bestreiten. Formal gibt es zwar zuständige Staatsanwälte, mit denen das Verteidigerkomitee im Kontakt ist, diese haben aber keinerlei Befugnis. Herr Sakar berichtete, dass bei einem Wechsel des Staatsanwalts der neue Staatsanwalt anfangs verlauten ließ, „er werde die Probleme morgen lösen“. Am nächsten Tag lässt er sich dann aber in der Regel verleugnen, weil er mittlerweile vom Krisenstab über seine Befugnisse belehrt wurde und sich nunmehr schämt, da er seine Versprechen nicht einhalten kann.

Zusätzlich sind eine Reihe von Gesetzen für Herrn Öcalan erlassen worden, die ein kleines Büchlein füllen würden.

So können z.B. die Verteidiger seit 2005 nicht mehr mit Herrn Öcalan unter vier Augen reden. Auch werden die Gespräche teilweise mitgeschnitten.

Ebenfalls wurde im Jahr 2005 ein Gesetz verabschiedet, welches Anwälte von dem Verfahren ausschließt, wenn Anwalt und Mandant aus dem gleichen Grund angeklagt sind. Herr Sakar sowie weitere zwölf Verteidiger sind aufgrund dieses Erlasses von der Verteidigung Öcalans ausgeschlossen worden.

Das System Guantanamo

Die Behandlung von Abdullah Öcalan ist dabei im Kontext des „Systems Guantanamo“ und der globalisierten Folter zu sehen.

Guantanamo ist eine in jeder Hinsicht durchdachte Maßnahme, wie Gefangene zu behandeln sind. Das „System Guantanamo“ schafft eine neue Form Gefangener ohne Rechte. Dieses wird auch nicht geheim gehalten. Dabei werden die bisherigen Kategorien Gefangener „Kriegsgefangener“ und „Untersuchungsgefangener“, die beide mit Rechten ausgestattet sind (z.B. Genfer Konvention für Kriegsgefangene, Verfassung und Strafgesetze für Untersuchungsgefangene), um eine dritte Kate-

gorie Gefangener, „die ungesetzlichen oder feindlichen Kämpfer („the unlawful enemy combatant“), erweitert. Obwohl die Rechte der bisherigen Gefangenen auch immer wieder missachtet werden, ist die neue Kategorie qualitativ anders zu bewerten. Hier ist ein Status von Gefangenen geschaffen worden, die von vornherein rechtlos sind und daher keinerlei Schutz genießen.

Die praktische Folgerungen sind daraus u.a. jahrelange Haft von Unschuldigen (z.B. Murat Kurnaz), des Weiteren die Beeinträchtigungen der Rechte der Verteidigung (Beispiele aus Guantanamo: Schreiben der Anwälte an ihre Gefangenen werden den Gefangenen vorgelesen; Reduzierung von drei Anwaltsbesuchen im Monat, erschwelter Zugang der Verteidigung zu Beweismitteln). Die neue Kategorie der Gefangenen ohne Rechte ist ein Bruch der zivilen Rechtsordnung.

Gemeinsamkeiten zwischen Imrali und Guantanamo sind sowohl die Verschleppung (Öcalans aus Kenia sowie im Fall Guantanamo 100 Gefangene aus verschiedenen Ländern) als auch die grobe Missachtung des internationalen Rechts.

Der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den über 150 Länder unterzeichnet haben und der das Recht auf Leben (Art. 6), Verbot der Folter (Art. 7) und eine würdevolle Behandlung (Art. 8) garantiert, wird sowohl von der Türkei (2002) als auch von den Vereinigten Staaten (1992), die beide das Abkommen ratifiziert haben, ignoriert.

Guantanamo wiederum kann nicht ohne die „globalisierte Folter“ betrachtet werden. Juristischer Vordenker des Systems Guantanamo war der heutige Justizsenator der Vereinigten Staaten, Alberto Gonzales. Organisator der globalisierten Folter ist Michael Chertoff, heute US-Minister für Homeland Security. Hier handelt es sich um arbeitsteilige Folter unter Einschluss des CIA unter dem Motto „Wir liefern, ihr foltert“.

Dabei werden Gefangene aus verschiedenen Ländern (Gefangennahme z.B. im Irak, Afghanistan) mit privaten Airlines des CIA über Zwischenlager (z.B. in Polen, Rumänien) in Länder verschleppt, die geheime Folterzentren unterhalten (z.B. Ägypten, Jordanien, Syrien, Thailand, Katar), um die Gefangenen zu Geständnissen zu zwingen. Letzte Station für die Gefangenen ist dann z.B. Guantanamo. Es handelt sich hier um Geheimgefangene als auch um Geheimgefängnisse. Teilweise werden auch Kriegsschiffe der Vereinten Staaten als Haftorte benutzt. Ebenfalls bieten sog. Sicherheitsfirmen (Söldner) Privatgefängnisse (z.B. in Afghanistan) an. Abu-Grahib, ein Folterzentrum des amerikanischen Militärgheimdienstes, ist dabei an die Öffentlichkeit gekommen. Es wird vermutet, dass viele

1000 Gefangene unter ähnlichen Bedingungen in geheimen Internierungslagern im Irak eingesperrt sind. Im Buka Camp (Irak) sollen es 17.000 sein.

Es geht hier also nicht nur darum, die Schließung des einen oder anderen Gefängnisses zu fordern, sondern es handelt sich um ein generelles Unrechtssystem, das grundsätzlich in Frage gestellt werden muss.

Die deutsche und europäische Position ist hier sehr heuchlerisch. Einerseits trägt sie durch die Mitgliedschaft in der NATO dieses System mit, andererseits kritisiert sie schon mal Menschenrechtsverletzungen, um diplomatisch besser dazustehen. Meist bleibt es jedoch bei Lippenbekenntnissen. So hat im Fall Öcalan der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, dass es zu einer Neuverhandlung in der Türkei kommen muss. Die EU-Organen wurden daher aufgefordert, entsprechend Druck auf die Türkei auszuüben, damit das Urteil umgesetzt wird. Die europäischen Ministerpräsidenten haben dieses abgelehnt mit der Begründung, dass auch bei einem neuen Prozess Herr Öcalan die gleiche Strafe bekommt.

Die Vergiftung Abdullah Öcalans

Dieses heuchlerische Verhalten ist auch im Fall der systematischen Vergiftung Abdullah Öcalans zu beobachten. Am 1. März 2007 hat das Verteidigerteam von Abdullah Öcalan öffentlich mitgeteilt, dass bei Laboruntersuchungen von Haarproben von Herrn Öcalan eine erhöhte Konzentration von Schwermetallen (Strontium und Chrom) festgestellt wurde und mit einer schleichenden Vergiftung von Abdullah Öcalan zu rechnen ist. Sie haben daher gefordert, eine unabhängige Ärztekommision nach Imrali zu senden. Dabei hat das Verteidigerkomitee insbesondere das Antifolterkomitee des Europarates (CPT) aufgefordert, entsprechende Schritte einzuleiten.

Das Ergebnis ist erschreckend. Bis zum heutigen Tage ist auf europäischer Ebene so gut wie nichts geschehen, auch das Antifolterkomitee des Europarates hat sich bis zum heutigen Tage nicht verhalten. Erschreckend ist dies vor allem, weil bei der Forderung einer unabhängigen Ärztekommision die menschliche Dimension in den Vordergrund gestellt wurde, nämlich das Leben eines Menschen, in diesem Falle von Abdullah Öcalan, zu retten. Aber auch das scheint auf EU-Ebene kaum zu interessieren.

Um die Forderung nach einer unabhängigen Ärztekommision durchzusetzen, sind daher am 11. April 75 Kurden und Kurden in den Hungerstreik getreten, davon 18 in den unbefristeten Hungerstreik (weitere Infos unter www.nadir.org/isku).

(B.)

Frankreich vor der Amtseinführung von Präsident Sarkozy

An diesem Mittwoch (16. Mai) findet die Amtsübergabe des ausscheidenden Präsidenten Jacques Chirac an seinen Nachfolger Nicolas Sarkozy statt. Danach könnte es ziemlich schnell ernst werden mit einigen „Reformen“, wobei der neue Präsident und seine Umgebung sicherlich noch Rücksicht darauf nehmen werden, dass sie die Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni dieses Jahres gewinnen wollen.

Die französische Sozialdemokratie reagiert auf ihre Wahlniederlage, indem sie mehrheitlich auf einen weiteren Rechtsruck setzt. Derzeit bilden sich zwei rechte Flügel heraus: Einer davon um die gescheiterte Kandidatin Ségolène Royal, die bereits fordert, dass der Kongress am Jahresende die Präsidentschaftskandidatur für 2012 verbindlich festlegen solle – und die dabei erneut antreten will. Sie steht inhaltlich für den Versuch einer Annäherung an Tony Blairs Profil, für eine Mischung aus vagen sozialen Verbesserungen und verquastenen Versprechen auf „Sozialpartnerschaft“, einer autoritären Polizei- und Sicherheitspolitik und dem Appell an reaktionäre „Werte“ (Patriotismus, positiver Arbeits- und Leistungsbezug). Ein anderer rechter Flügel gruppiert sich um den früheren Wirtschaftsminister (1997 bis 99) Dominique Strauss-Kahn, kurz ‚DSK‘ genannt. Er steht vor allem für Wirtschaftsnähe, für eine „Wiederannäherung an die wirtschaftliche und soziale Realität, von der die Linke sich nie hätte entfernen dürfen“ (DSK, 10. Mai).

Aus diesen beiden Ecken verlautbart, die Sozialdemokratie habe die Wahl in der Mitte verloren, sei also nicht weit genug nach rechts gegangen. Ähnlich wie in den USA bilde sich ein Zwei-Parteien-System heraus, bei dem letztendlich „die politische Mitte“ ausschlaggebend sei – soweit ihre Analyse des Misserfolgs. Doch nichts ist weniger sicher als das.

Denn in Wirklichkeit unterscheidet sich die französische Situation von jener in den USA: Dort geht das, in hohem Maße entpolitisierte, Ringen zwischen zwei großen Parteien mit einer niedrigen Wahlbeteiligung und einer politischen Apathie breiter Bevölkerungsteile einher. Nichts davon in Frankreich: In beiden Wahlgängen in diesem Jahr betrug die Wahlteilnahme rund 85 Prozent. Da rund acht Prozent der Wähler aus der ersten Runde nicht an der zweiten teilnehmen, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass am vorigen Sonntag zusätzliche Stimmbürger mobilisiert werden konnten. Rund 93 Pro-

zent der eingetragenen Wähler nahmen damit an mindestens einem der beiden Wahlgänge teil – das entspricht einer Quasi-Vollbeteiligung, wenn man Fußkranke, Bettlägerige und Alzheimerpatienten einmal abzieht.

Diese Wahl ging mit einer echten Polarisierung und Mobilisierung einher. Und die so genannte Linke hat sie in erster Linie deshalb verloren, weil der von Sarkozy verkörperte Neokonservatismus und Neoliberalismus als Partei der Dynamik, der Bewegung erschien – das Gespann aus Sozial- und Christdemokraten dagegen als profillose Verteidiger eines Weiter-So-Wurschtelns. Tatsächlich war es Sarkozy, der konkrete Vorschläge für Veränderungen gemacht hatte, und dem man vor allem abnahm, dass er für Umwälzungen Sorge. Auf letztere setzten auch Teile der Unterklassen ihre Hoffnungen, namentlich auf Sarkozys magische Formel, die anbot, „(freiwillig) mehr zu arbeiten, um mehr zu verdienen“. Was die Leute festhielten, war zunächst einmal: „mehr verdienen“. Dagegen wirkten Royals Versprechungen saft- und kraftlos: Sie werde irgendwann im Laufe der kommenden Legislaturperiode – „wenn die wirtschaftliche Situation es erlaubt“ – den gesetzlichen Mindestlohn substantiell anheben. Ansonsten werde sie eine „große Diskussion mit den Sozialpartnern“ lancieren, und das Wirtschaftswachstum (das sie auf oberhalb von 2,5 Prozent ansetzte, ohne eine Strategie

für den Fall des Nichteintreffens zu skizzieren) werde für die Finanzierung sozialer Verbesserungen und den Abbau der Staatsverschuldung sorgen. Im Übrigen versprach Royal ein „mit sich selbst versöhntes Frankreich“, eine neue Sozialpartnerschaft und „die Aussöhnung der Franzosen mit den Unternehmen“. Davon konnte sich am Monatsende, buchstäblich, niemand etwas kaufen. Es war die Hohlheit ihrer Angebote und ihre Alternativlosigkeit, die die rechtssozialdemokratische Kandidatin hat verlieren lassen. Nicht die Tatsache, dass sie vermeintlich „zu links“ aufgetreten wäre, was man nun wirklich nicht guten Gewissens behaupten kann.

Signifikant ist, dass nur 51 Prozent der Wähler/innen Ségolène Royals vom vorigen Sonntag erklären, aus „Zustimmung“ zum Programm und zu den Vorschlägen ihrer Kandidatin abgestimmt zu haben. Hingegen votierten 46 Prozent der Royal-Wähler demnach, „um den anderen Kandidaten zu verhindern“, also gegen Nicolas Sarkozy. Im Unterschied dazu stimmten derselben Erhebung zufolge stolze 76 Prozent der Wählerinnen und Wähler Nicolas Sarkozys auch dem Programm ihres Kandidaten zu (und nur 21 Prozent von ihnen votierten in erster Linie gegen die Repräsentantin des anderen Lagers) (Zahlenangaben nach ‚Libération‘ vom 8. Mai). Die sozialliberale Kandidatin Ségolène Royal wurde also in erster Linie als Bewerberin des „Sarkozy-Ver-

hindern-Lagers“, aber nicht als Trägerin einer irgendwie gearteten programmatischen Alternative.

Es mag sein, dass die französische Präsidentschaftswahl, aufgrund der Polarisierung zwischen zwei Personen und zwei Lagern in der Stichwahl, auch „in der Mitte“ gewonnen wird und ein/e Bewerber/in darum auch eine gewisse Anziehungskraft auf WählerInnen „aus der Mitte“ entwickeln muss. Und es mag sein, dass ihre Persönlichkeit ferner auch eine Rolle gespielt hat (52 Prozent der Sarkozy-, aber nur 24 Prozent der Royal-Wähler/innen zitierten die Persönlichkeit ihres Kandidaten oder ihrer Kandidatin als positiven Faktor). Und es mag ferner auch sein, dass in manchen sozialen Milieus die Tatsache, eine Frau zu sein, ein zusätzliches Handicap darstellte, da für ideologisch rückständige Personen eine Frau – bei gleichen Kompetenzen – stärker ihre „Befähigung zum Amt“ beweisen muss als ein Mann. Auf der anderen Seite hat Royal dies durch ihr Auftreten in einem Tonfall als Grundschullehrerin der Nation, durch die ständige Betonung ihrer Frau- und vierfache Mutter-Qualität und andere Appelle an reaktionäre Wunschportraits zu kompensieren versucht. (Der Redakteur Luc Le Vaillant spricht in einem Beitrag für seine Zeitung ‚Libération‘ gar von einem reaktionären Biologismus, der in ihrem ständigen Erinnern an ihre „essenziellen“ Eigenschaften enthalten gewesen sei.) Ja, doch, es mag sein, dass diese o.g. Aspekte in begrenztem Ausmaß die Kandidatur Royals zusätzlich ungünstig beeinflusst haben. Aber die Haupteklärung liegt nicht darin. Sie ist darin zu suchen, dass sie programmatisch kaum mehr als heiße Luft und Angebote zur „Versöhnung“ aller mit allem, zur „Aussöhnung der Nation mit sich selbst“ zu bieten hatte – und noch dazu fachlich, technisch weitaus weniger kompetent erschien als Nicolas Sarkozy, was verheerend wirkt, wenn man schon auf bürgerliche Seriosität statt auf klare Alternativen setzt. Insofern konnte sie weder den Wählerinnen und Wählern „der Mitte“ als ernsthafte Alternative zu Sarkozy erscheinen, noch die (in diesem Jahr zahlreich zur Wahl gehenden) Angehörigen der sozialen Unterklassen erfolgreich für sich mobilisieren. Es mag durchaus sein, dass die Sozialdemokratie mit einem schärfer zwischen Links und Rechts polarisierenden Kurs die Wahl ebenfalls (in der „Mitte“) verloren hätte. Sicher ist aber, dass sie in diesem Jahr verloren HAT, und dies keineswegs, weil sie „zu links“, sondern weil ihre Kandidatin zu unfähig und ihr Programm zu hohl war. Im Zweifelsfalle hat diese Präsidentschaftswahl also alles Mögliche bewiesen, aber nicht, dass das Politikangebot der französischen Sozialdemokratie nicht rechts genug gewesen wäre.

Bernhard Schmid, Paris

Soziale Schichtung der Wählerschaft

Im ersten Wahlgang war insgesamt noch eine deutliche soziale Polarisierung bei den Wahlergebnissen festzustellen: Nicolas Sarkozy lag bei Haushalten, deren Monatseinkommen unter 1.500 Euro im Monat liegt, mit 24% deutlich unterhalb seines Durchschnittsergebnisses (31% im ersten Wahldurchgang). Hingegen wuchs sein Stimmenanteil in den oberen Einkommensgruppen explosionsartig an, und ab 4.500 Euro Monatseinkommen aufwärts betrug er schon im ersten Wahlgang 55 Prozent. Hingegen waren die Wahlergebnisse für Ségolène Royal, aber auch Olivier Besancenot im linken und Jean-Marie Le Pen im rechten Bereich jeweils in den sozialen Unterklassen stärker als in den oberen Segmenten.

Im zweiten Wahlgang hat Sarkozy es hingegen geschafft, auch in Teilen der sozialen Unterklassen eine gewisse Unterstützung zu mobilisieren. Ansonsten hätte er nicht seinen deutlichen Stimmenvorsprung vor Royal bei einer sehr hohen Wahlbeteiligung von über 85 Prozent behaupten können. Zwar erhielt Nicolas Sarkozy in den Arbeiterhaushalten (44 Prozent in

der Stichwahl) keine absolute Mehrheit der Stimmen. Aber noch nie schnitt dort in den letzten Jahrzehnten ein bürgerlicher Kandidat, an absoluten Stimmenzahlen gemessen (und vor dem Hintergrund einer extrem starken Wahlteilnahme auch in den Unterklassen, die in früheren Jahren den Urnen eher ferngeblieben waren), dermaßen gut ab.

Dabei kamen ihm unter anderem die Stimmen der Le Pen-Wähler, die oft aus den prekarierten Unterklassen kommen – den mit Abstand höchsten Stimmenanteil hatte der rechtsextreme Kandidat bei den Zeitarbeitern (24%, laut Zahlen der Wirtschaftszeitung ‚La Tribune‘) erhalten – zugute. Schon im ersten Wahlgang hatte Sarkozy nach Berechnungen der liberalen Pariser Abendzeitung Le Monde 28 Prozent der Wähler Le Pens von vor fünf Jahren direkt für sich gewinnen können. In der zweiten Runde stimmten nun zwei Drittel der Wähler Le Pens vom 22. April ebenfalls für ihn, obwohl ihr „Chef“ bei seiner Rede vom 1. Mai zur Wahlenthaltung aufgerufen hatte.

Abzuwarten bleibt, wie hoch in einigen Monaten oder Jahren die Zustimmung „unten“ zum neuen Präsidenten bleiben wird. ■



Mehrere hundert Friedensaktivisten aus neun Ländern trafen sich am 4. Mai in Prag zu einer Konferenz gegen Militarisation in Europa. Veranstalter war die Konferenz, die aus Anlass der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Tschechischen Republik und den USA über die Stationierung einer Radarbasis für das geplante Raketenabfangsystem in Tschechien und Polen stattfand, vom PDS-nahen Netzwerk lavka.info und dem tschechischen Bündnis „Ne zakladnam“ (Bild von einer Demonstration des Bündnisses am 15. März in Ostrava). Zum einen ging es den Konferenzteilnehmern um Diskussion und Erfahrungsaustausch, etwa über den Widerstand gegen die Errichtung der Nato-Radarstation im ungarischen Pesc, gegen die Erweiterung der US-Militärbasis im italienischen Vincenza und die Aktivitäten gegen die Umstrukturierung des Flughafens Leipzig/Halle zu einem Dreikreis für Militärmachschub für die Kriege in Irak und Afghanistan. Zum anderen vereinbarten die Vertreterinnen und Vertreter von 14 friedenspolitischen Initiativen eine bessere Koordination. So sollen die für den 26. Mai geplante Großdemonstration von „Ne zakladnam“ ebenso unterstützt werden wie die Unterschriftensammlung, die die polnischen „Jungen Sozialisten“ jetzt für ein Referendum über die Raketenabwehr starten. Die von der Konferenz verabschiedete „Prager Erklärung“ kritisiert die derzeit wachsende militaristische Tendenz in der Politik des Westens und ruft zu einer Intensivierung des friedenspolitischen Engagements auf. (Quelle: lavka.info, ND, jung Welt)

Neues Wettrüsten in Europa

Götz Neuneck vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik warnte in einem Interview mit der FTD online vor einem „neuen Wettrüsten in Europa“. Als Reaktion auf die von den USA geplante Stationierung von Raketenabwehrsystemen in Osteuropa hatte Russland angekündigt, den KSE-Vertrag auszusetzen; inzwischen hat die russische Regierung den ersten Schritt in diese Richtung unternommen, indem sie über Truppenbewegungen im eigenen Land schweigt. Im KSE-Vertrag hatten die Mitgliedstaaten von Nato und Warschauer Pakt 1992 Obergrenzen für ihre konventionellen Streitkräfte in fünf Kategorien von Kampfpanzern bis zu Angriffshubschraubern festgelegt; die Einhaltung wurde durch regelmäßige Inspektionen überprüft. Die Stationierung der Raketenabwehrsysteme verschiebt das Kräfteverhältnis, das sich seit 1992 ohnehin ständig zu Gunsten der Nato verschoben hat, noch weiter. Durch die in Tschechien geplanten Radaranlagen erhalten, so Neuneck, die USA „sehr intimen Einblick in die russischen Tests von Langstreckenraketen“. Außerdem werde es wohl kaum bei den derzeit geplanten zehn Abfangraketen bleiben, die die USA in Polen stationieren wollen, befürchtet Neuneck. Die schon 1999 geplante No-

vellierung des KSE-Vertrags, die den Vertrag an die veränderten Verhältnisse anpassen sollte, wollten die Nato-Staaten im Unterschied zu Russland nicht ratifizieren. Begründung: Zuvor müsse Russland seine Truppen vollständig aus Georgien und Moldawien abziehen. (Quelle: ftd)

Irak: Abgeordnete für Abzugsplan

144 von 275 Mitgliedern des irakischen Parlaments haben einen Gesetzentwurf unterzeichnet, der die sofortige Aufstellung eines Zeitplans zum Abzug fremder Truppen aus Irak fordert und sich außerdem dafür ausspricht, dass die Zahl der bereits im Land stationierten Soldaten nicht weiter erhöht wird. Der Gesetzentwurf hat derweil den juristischen Dienst des Hauses passiert; es wird damit gerechnet, dass er bald ins Parlament eingebracht werde. Die Regierung hat den Entwurf vorsorglich scharf kritisiert. – Der jüngste Bericht der Organisation Save the Children bringt ein weiteres Indiz für die dramatische Situation im Irak. Nirgendwo auf der Welt sind die Überlebenschancen von Kindern so gering wie im Irak, und nirgendwo sinken sie rascher. Die Kindersterblichkeitsrate stieg seit dem ersten Golfkrieg Anfang der 90er Jahre um 150%. Die Gründe sieht die Organi-

sation im Mangel an sauberem Wasser, in der Stromknappheit und den viel zu wenigen Krankenhäusern.

US-Luftangriff in Helmand fordert viele zivile Opfer – Aufklärung über Tornados verlangt

Erneut haben von den USA geführte Truppen in Afghanistan Anfang Mai zahlreiche Zivilisten getötet. Es ist zu befürchten, dass die Militäroffensive innerhalb von zwei Wochen 110 Zivilisten, darunter viele Kinder, das Leben gekostet hat. Zahlreiche Wohnhäuser wurden am 8. Mai in der Provinz Helmand durch einen Luftangriff dem Erdboden gleichgemacht, ein Augenzeuge berichtete, er habe allein in drei Häusern 24 Leichen gezählt. Der Angriff löste im ganzen Land Proteste aus. Die „Kinderhilfe Afghanistan“ nahm den Vorfall zum Anlass, die Bundesregierung in einem Offenen Brief zur Klärung u.a. der Fragen aufzufordern: „Haben in den Tagen/Stunden vor dem US-Angriff Tornados der Bundeswehr Helmand überflogen und dort aufgeklärt? Sind die Erkenntnisse dieser Aufklärungsflüge an die US-Luftwaffen weitergegeben worden? Wurde der o.a. US-Luftangriff auf Grund dieser Aufklärungsflüge durchgeführt?“

Ägypten: Auseinandersetzungen nehmen zu

Berichten zufolge erlebt Ägypten eine Welle von Streiks und anderen sozialen Auseinandersetzungen, auf die die Staatsmacht mit zunehmender Repression reagiert. Allein im April wurden elf Streiks gezählt, zuletzt der Streik von 3.000 Busfahrern, Fahrkartenkontrolleuren und Wartungsarbeitern in Kairo (Bild). Sie forderten eine Lohnerhöhung zwischen 20 und 100 LE, da die Löhne, die oft nur 350 LE betragen, bei weitem nicht reichten, um auch nur die Grundnahrungsmittel zu bezahlen. Außerdem forderten sie bessere Gesundheitsversorgung. Sicherheitskräfte gingen gegen die Streikenden vor. In den Wochen zuvor hatte die Regierung die Schließung der Zentrale der Transportarbeitergewerkschaft veranlasst; die Streiks weiten sich jedoch ungeachtet dessen, oder besser auch aufgrund dessen, weiter aus. (www.labourstart.org)



Zusammenstellung: scc

„Jetzt erst recht: G8-Proteste unterstützen!“

BERLIN. Unter diesem Motto haben Attac Deutschland, der Bundesausschuss Friedensratschlag, das Netzwerk Friedenskooperative und pax christi (deutsche Sektion) am Freitag, den 11. Mai einen gemeinsamen Appell veröffentlicht, in dem sie die Polizeirazzien vom Mittwoch verurteilen und zur Teilnahme an den friedlichen Protesten sowie der Großdemonstration gegen den G8-Gipfel aufrufen. „Wir lassen uns nicht einschüchtern. Wir werden unsere Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit fortsetzen gegen die neoliberale Weltwirtschaftspolitik und die aggressive Kriegspolitik von Mitgliedern der G8“, heißt es in dem Appell. Die bundesweite Durchsicherung von Büros linker Gruppierungen, Buchläden



und Kulturzentren verstoße gegen das rechtsstaatliche Prinzip der Verhältnismäßigkeit, kritisieren die Verfasser. Der so genannte Terrorismusparagraf 129a des Strafgesetzbuches diene als Einfallstor für polizeiliche Willkür. „Der politische Effekt dieser Großaktion ist offensichtlich: Die Protestbewegung gegen den G8-Gipfel soll insgesamt diskreditiert, geschwächt und gespalten werden“, heißt es weiter. Im Einsatz waren am Mittwoch rund 900 Beamte, durchsucht wurden mehr als 40 „Objekte“, die in Zusammenhang mit den geplanten Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm stehen. Festnahmen im Zusammenhang mit der Aktion gab es laut Polizei nicht. Der Appell der vier Organisationen endet mit der Aufforderung, die internationale Großdemonstration am 2. Juni in Rostock zu unterstützen und den Aufruf im Internet zu unterzeichnen. **Der Demo-Aufruf im Internet:** <http://www.heiligendamm2007.de>

8. Mai 1945 – 8. Mai 2007 – Aktion der DFG-VK in Berlin

BERLIN. Aus Anlass des 62. Jahrestages der Kapitulation des faschistischen Deutschen Reiches erinnerte die DFG-VK am 8. Mai 2007 an die deutsche Verantwortung, weltweit für nichtmilitärische /zivile Konfliktlösungen einzutreten. Um im Herbst 2007 eine Verlängerung oder gar Erweiterung des Mandates für die Bundeswehr in Afghanistan zu verhindern, wird sich die DFG-VK erneut in die öffentliche Meinungsbildung einbringen und unter der Überschrift „Kein Mandat für den Krieg in Afghanistan“ weitere Unterstützer zu einer Petition an die Abgeordneten des Bundestages sammeln. Bereits heute haben mehr als 300 Personen die Petition unterstützt. Mit der Präsentation des Projektes „Panzer für den Frieden“ (ein „umgerüsteter“ Panzer aus dem Friedenstauben aufsteigen und dessen „Kanone“ Seifenblasen gen Himmel schickt) des Dresdner Kunstförderers Arne Nowak machte die Friedensgesellschaft am Brandenburger Tor auf das historische Datum aufmerksam.

www.deutsche-friedensgesellschaft.de

Friedenspreisträger weiter in Gefahr

DÜSSELDORF. Der Flüchtlingsrates NRW e.V. erinnert anlässlich der Verleihung des Aachener Friedenspreises 2007 an die aktuelle Mordgefahr, der sich der letztjährige Friedenspreisträger ausgesetzt sieht. Der in Detmold lebende Frank Gockel, wird von der in Niedersachsen ansässigen „Nationalen Offensive Schaumburg“ mit dem Tod bedroht. Die Gefahr wurde als derart hoch eingeschätzt, dass er untertauchen musste. Gockel ist Vorsitzender des Vereins „Hilfe für Menschen in Abschiebehaft Büren e.V.“ und setzt sich seit Jahren für die Menschenrechte von Ausländerinnen und Ausländern ein. Zudem ist er stark in der Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus engagiert. Sein Einsatz für ein demokratisches Gemeinwesen hat dazu geführt, dass ihn die Neonazis mit dem Tod bedrohen und im Internet dazu aufrufen, ihn „aufzuspüren“. Trotzdem sehen sich bislang weder Polizei noch Landesregierung zum Handeln veranlasst. Stattdessen herrscht nicht nur auf deren Seiten Schweigen, sondern die „Nationale Offensive Schaumburg“ darf ihr gemeingefährliches Gedankengut völlig ungehindert auf Demonstrationen verbreiten.

www.fluechtlingsrat-nrw.de

Castor-Gegner müssen nicht für ihre Räumung zahlen

LÜNEBURG. Das Technische Hilfswerk (THW) ist mit dem Versuch gescheitert, Castor-GegnerInnen die Kosten für die Auflösung einer Schienenblockade in

Rechnung zu stellen. Das Verwaltungsgericht Lüneburg stellte jetzt das Verfahren gegen vier AtomkraftgegnerInnen ein, nachdem das THW zuvor seine Klage zurückgezogen hatte. Die Kosten des Verfahrens trägt das THW. Die Ereignisse, mit denen sich das Verwaltungsgericht Lüneburg befassen musste, liegen schon rund sechs Jahre zurück. Im März 2001 hatten AtomkraftgegnerInnen von ROBIN WOOD und aus dem wendländischen Widerstand mit einer öffentlichkeitswirksamen Betonblockade den Atommülltransport nach Gorleben gestoppt. Der Bundesgrenzschutz – heute Bundespolizei – arbeitete über Stunden daran, die Strecke für den Transport des hochgiftigen Mülls freizubekommen und holte sich dafür Verstärkung vom THW. Das rückte mit Pressluftschlämmern an und forderte nach seinem Einsatz per Rechnung Geld für Personal und Sachmittel, summa summarum: 1.935 Euro. Das THW ist – ähnlich wie die Bundespolizei – als Behörde eine Bundesanstalt im Geschäftsbereich des Innenministers. Die bundesstaatliche Verwaltung erhebt Gebühren durch Bescheide. Ein behördlicher Leistungsbescheid lag jedoch nicht vor. Außerdem hatte das Schleswig-Holsteinische Obergerverwaltungsgericht bereits festgestellt, dass der Polizeieinsatz gegen die Beteiligten der Betonblock-Blockade rechtswidrig gewesen war. Kostenersatz könne aber allenfalls für rechtmäßige Einsätze verlangt werden, argumentierte die Klageverteidigung. Dieser Argumentation konnte sich auch das THW offenbar nicht verschließen und zog seine Klage zurück. Die Bundespolizei musste sich vor Gericht belehren lassen, dass ihr Einsatz rechtswidrig war. Die Deutsche Bahn bekam ihre Schadensersatzforderungen von rund 10.000 Euro nicht einmal zur Hälfte durch. Und strafrechtlich kam es zu Geldstrafen wegen Störung öffentlicher Betriebe, nicht aber zu einer Verurteilung wegen der ebenfalls angeklagten Nötigung.

www.umwelt.org/robin-wood

Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie unterstützen!

JENA. Der Deutsche Behindertenrat fordert dazu auf, die Kampagne für eine europäische Antidiskriminierungsrichtlinie für behinderte Menschen zu unterstützen. Die Unterschriftensammlung unter dem Motto „Eine Million für Behinderung“ wurde von der europäischen Dachorganisation der Behindertenverbände ins Leben gerufen, um den Druck auf die Verabschiedung einer Antidiskriminierungsrichtlinie für behinderte Menschen zu erhöhen. Menschen mit Behinderungen sind keine kleine Minderheit, wir sind mehr als 50 Millionen EU-BürgerInnen mit einer Behinderung und stellen mehr als zehn

Prozent der EU-Bevölkerung dar“, heißt es in den Informationen zum Aufruf. „Wir, Menschen mit Behinderungen in Europa, fordern die Europäische Union, sowie die nationalen, regionalen und lokalen Behörden auf, in enger Zusammenarbeit mit den Akteuren der Zivilgesellschaft, Diskriminierung zu einer Fußnote der europäischen Geschichte werden zu lassen!“

www.kobinet-nachrichten.org

Weg mit dem Verbot ehrenamtlicher Tätigkeit von Flüchtlingen!

KIEL. Ein Gesetz zur Änderung des Zuwanderungsgesetzes soll voraussichtlich noch im Sommer diesen Jahres in Kraft treten. Zahlreiche Partner der schleswig-holsteinischen EQUAL-Entwicklungspartnerschaft Land in Sicht! (u.a. Kirche und Wohlfahrtsverbände, Bildungsinstitutionen, Sozial- und Migrationsfachrichtungen) haben am 9. Mai 2007 in einer gemeinsamen Erklärung den schleswig-holsteinischen Innenminister Dr. Ralf Stegner aufgefordert, sich im Gesetzgebungsverfahren für eine Abschaffung des Verbots ehrenamtlicher Tätigkeiten stark zu machen. Nach der geltenden Rechtslage machen sich geduldete Flüchtlinge, die sich ehrenamtlich in Sportvereinen, in sozialen Einrichtungen oder kulturellen Projekten engagieren, einer Ordnungswidrigkeit und im Wiederholungsfall auch einer Straftat schuldig. „Land in Sicht!“ fordert, dass künftig ehrenamtliches Engagement als ein Recht von Menschen mit ungesichertem Aufenthalt festgeschrieben wird. Interessierte Personen und Organisationen werden aufgefordert, sich der Forderung anzuschließen.

www.frsh.de

Kirchenvertreter zum Bleiberecht: „Nicht hinnehmbar“

MÜNSTER. Die Kirchen in Nordrhein-Westfalen fordern Änderungen beim Bleiberecht für geduldete Ausländer. Die Praxis zeige, dass nur wenige der 180.000 Betroffenen den Voraussetzungen entsprächen, heißt es in einem am 8.5.2007 in Münster und Bielefeld veröffentlichten Aufruf. Die Kriterien, die die Flüchtlinge erfüllen müssten, seien zu eng gefasst, so der münsterische Weihbischof Josef Voß und der Präses der westfälischen Landeskirche, Alfred Buß. Die für Migration zuständigen Kirchenvertreter kündigten eine entsprechende Unterschriftenaktion von Caritas und Diakonie an. Konkret fordern die Kirchen in dem Papier die Aufhebung der Residenzpflicht von Ausländern, die einen Arbeitsplatz suchen. Nur so erhielten sie einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Darüber hinaus müsse auch „ohne eine eigenständige Sicherung des Lebensunterhaltes“ eine Perspektive für einen dau-

19. Mai bis 4. Juni: Anti-G8-Karawane von Neuburg nach Rostock. NEUBURG/DONAU. Vom 19. Mai 2007 bis zum 4. Juni 2007 zieht die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen von Bayern über Thüringen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin bis nach Rostock in Mecklenburg-Vorpommern. Dort treffen sich im Ost-

seebad Heiligendamm vom 5. bis 7. Juni 2007 die Repräsentanten der reichsten und mächtigsten Staaten der Welt, der sogenannten G8. Die Karawane will den Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Herkunftsländer der Flüchtlinge durch rücksichtslose Ausbeutung und Krieg durch die Politik der G8-Staaten und den weltweiten Flucht- und Migrationsbewegungen sichtbar machen. „Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört“ ist zentrales Motto der Karawane. Die bundesweite Karawane startet am 19. Mai 2007 in Neuburg an der Donau. Seit zwei Jahren wehren sich Flüchtlinge in Neuburg gegen menschenunwürdige Unterbringung im Lager, gegen Mangelversorgung mit Essenspaketen, Arbeitsverbote und Kriminalisierung und gegen die alltäglichen Schikanen von Sozialamt und Ausländerbehörde. Mit dem Start der Karawanetour in Neuburg soll an diesem eindrucksvollen Flüchtlingsprotest angeknüpft werden. <http://carava.net/>



erhaften Aufenthalt gewährleistet werden. Als „nicht hinnehmbar“ bezeichnen es die Kirchen, dass auf Unterstützung angewiesene Alte, Kranke und Behinderte sowie unbegleitete Minderjährige vom Bleiberecht ausgeschlossen würden. Ferner sei es unvereinbar mit dem Grundgesetz, gesamte Familien auszuschließen, wenn ein Mitglied straffällig geworden ist, so Voß und Buß. Nach der Bleiberechtsregelung können Familien nach sechs, Alleinstehende nach acht Jahren ein Aufenthaltsrecht erhalten, wenn sie bis Ende 2009 einen Arbeitsplatz nachweisen. Nach Einschätzung von Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) könnte die Regelung 100.000 der 180.000 in Deutschland geduldeten Ausländer betreffen. www.nds-fluerat.org

Deklaration: „Für ein Klima der Gerechtigkeit“

BERLIN. Mit scharfer Kritik an der Klimapolitik der Bundesregierung ist der dreitägige Kongress McPlanet.com an der TU Berlin zu Ende gegangen. Mehr als 2.000 Menschen aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, Politik, Wissenschaft und Kirche waren der Einladung von attac, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Evangelischem Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich Böll Stiftung am 4.-6. Mai 2007 gefolgt. Im Anschluss zogen die Kongressteilnehmer zum Kanzleramt, um dort eine Deklaration zu übergeben. www.bund.net/

Hartz IV-Untersuchung des DGB: Mehr als eine Million „Aufstocker“

BERLIN. Wenige Stunden vor dem Koalitionsausschuss zum Thema Mindestlöhne hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer noch einmal an die große Koalition appelliert, sich endlich auf exis-

tenzsichernde Mindestlöhne zu einigen.

Dafür spricht auch die jüngste DGB-Untersuchung, die Michael Sommer am Montag in Berlin vorlegte: Danach hat sich die Zahl der Hilfebedürftigen mit Erwerbseinkommen seit Einführung von Hartz IV um rund 80 Prozent auf gut 1,1 Mio. Personen erhöht.

Damit sind inzwischen gut ein Fünftel der Hartz IV-Empfänger trotz Arbeit auf aufstockende Fürsorgeleistungen angewiesen, darunter über 600 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. 440 000 der sozialversichert beschäftigten ‚Aufstocker‘ gehen sogar einer Vollzeittätigkeit nach – ihre Zahl hat sich innerhalb von zwei Jahren mehr als verdoppelt und übersteigt inzwischen sogar die der Minijobber im ALG II-Bezug. „Arm durch Arbeit – auf diese erschütternde Formel kann man das Ergebnis unserer jüngsten Hartz IV-Analyse bringen“, sagte Michael Sommer. „Hartz IV hat eindeutig den Druck auf die Arbeitskräfte erhöht, auch niedrig entlohnte Tätigkeiten anzunehmen. Gleichzeitig nutzen Arbeitgeber die Situation aus und senken die Löhne. Die Folge: Der Staat subventioniert durch seine Transferleistungen etliche Branchen wie das Gastgewerbe und begünstigt damit noch die Lohnsenkungspolitik.“

Dieser freie Fall der Löhne sei sofort und wirksam zu stoppen: Jeder einzelne müsse von seiner Vollzeitbeschäftigung leben können, so der DGB-Vorsitzende. „Es ist zynisch zu sagen: ‚Du verdienst zwar nur einen Hungerlohn, aber deine Familie füttert dich schon mit durch‘. Die Ausdehnung des Entsendegesetzes und ein gesetzlicher Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro sind erforderlich, um menschenwürdige Bezahlung sicherstellen zu können. Dieser Notwendigkeit kann sich auch die Union nicht länger verschließen.“

<http://hessen.uebergebuhr.de/>

MVV-Konzern zerschlägt Kieler Stadtwerke!

KIEL. Im Jahr 2001 beschloss die Kieler Ratsversammlung, 51% des wirtschaftlich stärksten Kommunalbetriebes, der Kieler Stadtwerke, an den texanischen Rentenfond TXU-Europa zu verkaufen. Der Grund dieser Entscheidung war die desolate Haushaltslage der Landeshauptstadt Kiel, die selbst nach dem Verkauf der Kieler Werkswohnungen immer noch Schulden von 391 Mio. Euro hatte. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass der damals lukrative Verkaufserlös von 230 Mio. Euro netto den städtischen Haushalt nicht saniert, sondern lediglich kurzfristig für ca. fünf Jahre entlastet hat und heute fast der gleichen Schuldenstand wie vor dem Verkauf erreicht ist. Vor der Privatisierung flossen die Gewinne der Stadtwerke z.T. in den städtischen Haushalt oder dienten zur Querfinanzierung des öffentlichen Nahverkehrs und der Müllentsorgung. Die Stadt Kiel leidet mehr denn je an Geldnot und um den städtischen Haushalt zu sanieren, wurden 30%-ige Kürzungen bei den öffentlichen Aufgaben und weitere Privatisierungen bei Bädern, Stränden und Stadtentwässerung beschlossen.

Ist Privatisierung die Lösung?

Allem Glauben an die Übermacht des starken strategischen Partners zum Trotz ging TXU schon ein Jahr später pleite. Die Gewinne aus Einsparungen von Investitionen, aus Veräußerungen von Vorratsgeländen und Werkswohnungen unserer Stadtwerke hatten die texanischen Aktionäre abgezogen, während der Mutterkonzern in Dallas keine Haftung zu übernehmen brauchte.

Immer noch der Überzeugung anhaftend, dass Private alles besser können, suchten die Kieler Stadtvertreter im Jahr 2004 einen neuen Anteilseigner und fanden den Mannheimer Energieversorger MVV, der die Anteile für einen Spottpreis von 125 Mio. Euro übernahm und von dem die Stadt dachte, es wäre ein kompetenter Partner, weil er auch mehrheitlich in kommunaler Hand war.

Allerdings ist MVV ein börsennotiertes Unternehmen, das neben den 51% Kieler Stadtwerkeanteilen noch weitere Anteile an den Stadtwerken Offen-

bach, Ingolstadt, Solingen, Köthen und Buchen hält und darüber hinaus an Fernwärmeunternehmen in Polen und Tschechien beteiligt ist.

Der Konzern wird umstrukturiert

Seit MVV im Besitz der Mehrheitsanteile ist und über das operative Geschäft bestimmt, ist der Konzern dabei, die verschiedenen Geschäftsbereiche zu zerlegen. Bisher waren diese unter dem Dach der Stadtwerke zusammengefasst. Inzwischen wurden sie in fünf verschiedene konzernweit operierende GmbHs ausgegliedert, so dass zum Beispiel das Abrechnungswesen (billing), die Energiedienstleistungen (EDL), die Informationstechnologie (IT), der Netzbetrieb und das Zähl- und Messwesen (metering) jetzt zentral gesteuert werden. Kiel ist nach der Umstrukturierung des Konzerns jetzt nur noch an drei dieser Gesellschaften beteiligt. Der personalintensive Servicebereich wird ausgegliedert und aufgelöst. Weitere sollen folgen. Durch diese Konzentrierung der Tätigkeitsfelder fallen hunderte Arbeitsplätze weg. Neben den bei der Übernahme der Kieler Stadtwerke durch die MVV mit der Stadt in geheimen Konsortialvertrag ausgehandelten 300 Stelleneinsparungen bis 2008 sollen jetzt weitere 180 Arbeitsplätze abgebaut werden. Von ehemals 1.300 Beschäftigten bleiben mittelfristig nur noch 600 Arbeitsplätze übrig. Jeder zweite Arbeitsplatz wird vernichtet. Begründet wird dies dreifach:

1. Der Betrieb müsse die Unternehmenstruktur verschlanken, um die Wettbewerbsfähigkeit bzw. die Stellung auf dem Markt zu erhalten.
2. Die Bundesnetzagentur habe den Stadtwerken ab dem 1.10.2006 die Netznutzungsentgelte um 17 % gekürzt und dies müsse durch Kürzung der Personalkosten wieder hereingeholt werden.
3. Der Konzern wolle nicht auf Gewinne verzichten, denn schließlich hätten die Aktionäre ja „viel Geld in die Hand genommen“, um den Betrieb wettbewerbsfähig zu machen.

Auch sämtliche Ratsparteien von Schwarz bis Grün wollen nicht auf die Dividende verzichten, weil dies sonst noch höhere Verschuldung oder Arbeitsplatzabbau bei der Stadt bedeuten würde.

Der Schwarze Peter fällt auf die Belegschaft

Bei den Löhnen sollen die leistungsbezogenen Vergütungen gekürzt werden. Bis Ende 2009 wer-

den 230 Vollzeit Arbeitsplätze abgebaut. Zum Jahresende 2006 wurden bereits 107 ältere Kolleginnen und Kollegen durch eine erweiterte Altersteilzeitregelung mit finanziellen Einbußen bei Gehalt und Rente in den Vorruhestand abgeschoben. Weitere 150 sollen durch Abfindungen aus dem Unternehmen gedrängt werden. Durch die Personalmaßnahmen wollen die Stadtwerke jährlich rund sieben Mio. Euro einsparen. Wer freiwillig aus dem Unternehmen ausscheiden will, erhält je nach Dauer des Arbeitsverhältnisses bis zu 150.000 Euro.

Gleichzeitig wird der Druck auf die gesamte Belegschaft erhöht, denn jeder kann der nächste sein. Der Konzern hat mit der Umstrukturierung der Tätigkeiten in bundesweite GmbH begonnen und etliche Tätigkeiten und Beschäftigungsfelder werden ausgegliedert oder abgebaut. Welche Tätigkeitsfelder wo im einzelnen gekürzt oder zentralisiert werden, wurde von den Aufsichtsräten im September 2006 ausgehandelt. Die Auswirkungen verteilen sich auf die Städte Mannheim, Offenbach, Ingolstadt, Solingen und Kiel, mit jeweils unterschiedlichen Folgen für den Personal- und Know-How-Abbau.

Besonders das ältere Personal verfügt über einen unschätzbaren Umfang an Fachwissen und Erfahrungen über den Betrieb, was jetzt unwiederbringlich verloren geht. Für die Verbleibenden führen Arbeitsverdichtung und sich ständig verändernde Arbeitsabläufe zu Stress und Demotivierung.

Besonders gravierend wird dies in Kiel im technischen Servicebereich betrieben. Werkstätten werden geschlossen oder das Personal reduziert. Immer mehr Bereiche wie Gebäudemanagement und Betriebsverpflegung werden ausgelagert. Sie nennen es „Konzentration auf das Kerngeschäft“. Es sollen nur noch die gewinnträchtigen Teile erhalten werden, die wenig Personalaufwand erfordern. Alles andere wird an Fremdfirmen vergeben. Der ehemals eigenständige Betrieb Stadtwerke Kiel mit einem Anlagevermögen von 600 Mio. Euro steht heute vor einer Vernichtung. Die Versprechen der Stadt Kiel und ihres privaten Partners MVV verkehren sich immer deutlicher ins Gegenteil: – Die Investitionen wurden auf ein Drittel reduziert. – Die Belegschaft wird halbiert. – Die gesamte Region wird geschädigt, denn eine gestrichene Stelle bei den Stadtwerken vernichtet zwei weitere Arbeitsplätze im Handwerk. – Wartungsarbeiten werden hinausgezögert, z.B. werden die Trinkwassernetze nicht mehr regelmäßig gespült.



Kürzungen der Netzdurchleitungsgebühren

Der Grund für weitere Entlassungen und Kosteneinsparungen ist angeblich die von der Bundesnetzagentur vorgeschriebene Senkung der Netzdurchleitungsgebühren. Ursprünglich sollten diese dazu dienen, die Energiepreise für die Verbraucher gering zu halten und überhöhte Gewinne der Energiekonzerne zu verhindern. In Kiel wird dieses bundesweite Regularium missbraucht, denn statt die Gewinne zu schmälern, sollen die Beschäftigten die verordneten Einnahmeverluste von jährlich 9 Mio. Euro durch Entlassungen und Lohnneinbußen auffangen. Warum haben die Aktionäre mehr Rechte auf ihre Dividende als die KollegInnen ein Recht auf Arbeitsplatz und Lohn?

Leider hat auch der Betriebsrat seine Möglichkeiten der Gegenwehr nicht genutzt. Obwohl der Betrieb mit einem Anteil von 90% bei ver.di organisiert ist, wurden die Argumente des Konzerns, wonach sich der Wettbewerb in den vergangenen Monaten durch Billiganbieter deutlich verschärft habe und es deshalb keine andere Wahl als Personalabbau gäbe, kampflos übernommen. Lediglich der Kündigungsschutz wurde um zweieinhalb Jahre verlängert. Ansonsten einigten sich Vorstand und Betriebsrat auf einen Interessenausgleich und Sozialplan (Abfindungen bis 150.000 Euro).

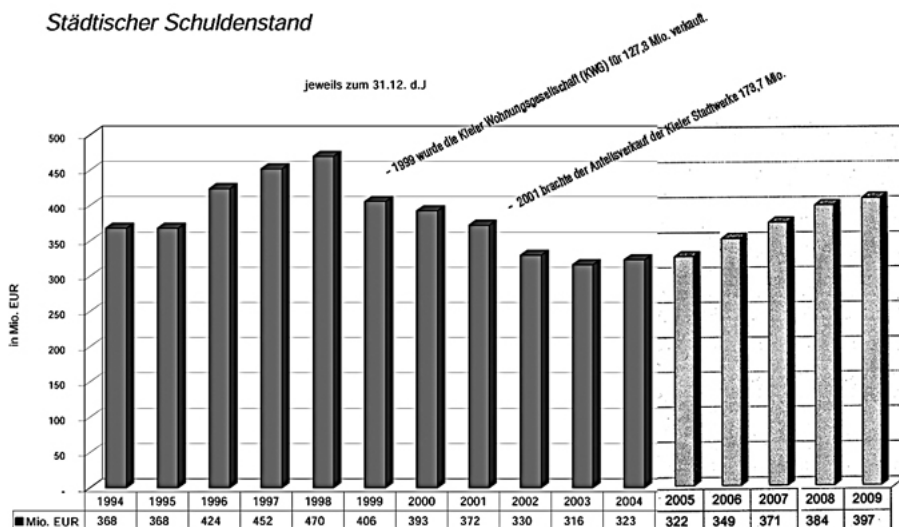
Kommunale Daseinsvorsorge in Gefahr

Der Mannheimer Versorgungskonzern ist, wie jedes andere börsennotierte Unternehmen, in erster Linie am Gewinn orientiert und nicht an der Bereitstellung einer optimalen und kostengünstigen Versorgung. Deshalb zeigt er kein Interesse am Besitz und Erhalt der Kieler Stadtwerke, sondern allein an deren Betriebsführung, da dies der Schlüssel zur Reduzierung von Investitionen und Einsparungen ist, um die Konzerngewinne zu erhöhen. Privatisierungen haben immer die gleichen Folgen:

- die Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger ist nicht mehr gewährleistet,
- die Qualität der Dienstleistungen sinkt,
- die Energie- und Wasser-Preise steigen,
- Arbeitsplätze werden massiv abgebaut. Die Kosten der Arbeitslosigkeit zahlt aber die Kommune.
- die Arbeitsbedingungen und Einkommen der verbleibenden ArbeitnehmerInnen verschlechtern sich zunehmend,
- die demokratischen Entscheidungs-, Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Kommune werden aufgegeben.

Kommunale Betriebe der Daseinsvorsorge dienen der gerechten Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am öffentlichen Leben. Die Kieler Stadtwerke sollen eine Grundversorgung für alle sicherstellen, die qualitativ hochwertig

Städtischer Schuldenstand



und trotzdem bezahlbar ist. Geben wir diesen öffentlichen Bereich auf, werden eines Tages nur noch diejenigen Strom, Wasser, Gas und Fernwärme dauerhaft beziehen, die es sich leisten können. Der solidarische öffentliche Sektor muss erhalten bleiben!

Die immer schlechtere Wartung der Netze Strom, Gas, Wasser und Fernwärme hat Folgen. Genauso wie auch der leichtfertige Verzicht auf das in langen Jahren erworbene lokalspezifische Fachwissen von qualifizierten Kräften. Wenn die notwendigen Arbeiten erst dann gemacht werden, wenn Probleme auftreten, wird dies Folgen für die Versorgung der Bevölkerung haben. Erste Auswirkungen konnten wir bei dem Zusammenbruch des Stromnetzes in halb Europa vor kurzem erfahren und dies ist erst der Anfang, denn wer Profit machen will, spart bis zum letzten Moment.

Klar ist, die Gewinne sollen steigen.

„Es grüßt das zukünftige Hartz IV-Segelteam! Halbierung der Belegschaft – eine Katastrophe für Kiel! MVV Top – SWK (Stadtwerke Kiel) Flop! Starker Personalabbau – schwaches Management? Eigentum verpflichtet! Ist Dividende alles?“ Mit diesen Transparenten empfangen die Kieler Stadtwerke die MVV-Firmenleitung, die ihnen den weiteren Personalabbau wegen der angeblichen Verluste aus den Netzdurchleitungsgebühren in Kiel angekündigt. Was mögen die KollegInnen der Kieler Stadtwerke wohl gedacht haben, als sie knapp 14 Tage später die prahlerische Presseerklärung von MVV-Energie lesen konnten: „Wegen des guten operativen Ergebnisses mit einer Gewinnsteigerung von 27% gegenüber 2005 also 201 Mio. Euro (158 Mio. im Vorjahr) wurde den Aktionären eine Erhöhung der Dividende um 36% in Aussicht gestellt.“ Als „kommunaler Betrieb von Mannheim“ bedeutet dieses Ergebnis „einen starken Vermögenszuwachs für unseren Hauptaktionär, die Stadt Mannheim“, die mit rund zwei Dritteln am MVV Konzern beteiligt ist. Im nächsten Jahr

soll dieses Ergebnis übertroffen werden, indem weitere Kosteneinsparungen in Mannheim und in den anderen Beteiligungen erreicht werden.

Das Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit durch die Opferbereitschaft der Belegschaft schafft die Bedingungen, um noch mehr Kapital anzuhäufen und noch mehr kommunale Daseinsvorsorge zu privatisieren.

In dem Jubelbericht der MVV Energie heißt es:

„Die wichtigste Ursache für unsere Umsatz- und Ergebnisentwicklung sieht der Vorstandschef vor allem in dem erfolgreich ausgebauten nationalen Stromvertrieb sowie in dem hervorragend gelaufenen Umweltgeschäft. Dr. Schulten: Die Umweltsparte hat dank der vorzeitigen Inbetriebnahme der neuen Müllverbrennungsanlage im sachsen-anhaltinischen Launa, dank der 100prozentigen Auslastung unserer Anlagen und der positiven Entwicklung der Entsorgungspreise für Gewerbemüll im abgelaufenen Geschäftsjahr einen deutlichen Ergebnisschub erzielt.“

Und laut der Kieler Presseabteilung des Konzerns sichern die Kieler Stadtwerke durch das „jetzt eingeleitete stringente Kostenmanagement ... ihre gute Stellung auf dem Markt“ und den Wachstumskurs. Sie haben bereits Anteile an der Energieversorgungsgesellschaft in Ostholstein (ZVO Energie) und wollen eine „gestaltende Rolle“ auf dem norddeutschen liberalisierten Energiemarkt übernehmen. Kürzlich erfolgte ein Vertragsabschluss mit den Lübecker Schwartau-Werken und der Großraum Hamburg soll mit „neuartigen Stromhandelsprodukten“ beworben werden.

Gigawatt-Kohlekraftwerk in Kiel geplant

Insbesondere der Ausbau des Gemeinschaftskraftwerkes an dem die Stadtwerke und EON zu je 50% beteiligt sind, sorgt jetzt für Aufregung in Kiel. Bisher wurde auf hohe ökologische und wirtschaftliche Effizienz der in mehreren Stadtteilen bestehenden Kraftwerke geachtet, die die Stromerzeugung direkt

→ mit der Nah- und Fernwärmeversorgung Kiels verband. Eine Entscheidung über die Modernisierung der Kraftwerke steht 2008 bevor. EON und MVV wollen den Ausbau des Gemeinschaftskraftwerks zu einem Gigawatt-Kohlekraftwerk. Ausgerechnet die „Klimastadt“ Kiel soll dafür herhalten, um auf dem liberalisierten Strommarkt Europas mit preisgünstiger Importkohle lukrative Gewinne zu erwirtschaften. Dagegen regt sich bereits erheblicher Widerstand in Kiel und es wird ein Thema der nächsten Kommunalwahlen sein.

Auch hieran zeigt es sich, dass die kommunale und demokratische Kontrolle der Betriebe der Daseinsvorsorge eine Voraussetzung für Entscheidungen im Interesse von Mensch und Natur ist.

Alles zum Wohle der Kommunen?

Kosteneinsparungen bei der Belegschaft. Kosteneinsparung beim Service und bei der Netzpflege. Hauptsache die Dividende stimmt und wenn der Betrieb im Wettbewerb nicht mithalten kann, wird er nachdem er heruntergewirtschaftet und ausgeschlachtet ist, an den nächst größeren Konzern, wie RWE, EON oder Vattenfall verkauft. Wieder steigen die Preise, purzeln Arbeitsplätze und die Qualität und Versorgungssicherheit wird immer schlechter.

Die SPD-Ratsvertreter, die 2001 die Privatisierung in Kiel beschlossen hatten, übernehmen dafür keine Verantwortung. Nur ein einzelner Kieler SPD-Politiker hat den Fehler bislang zugestanden. In dem Film „Wasser unterm Hammer“, der die Auswirkungen der Privatisierung des Wassers und der Stadtwerke in verschiedenen Städten in der BRD aufdeckt, bekennet sich der Kieler SPD-Ratsherr Werner Tovar öffentlich dazu, dass es sein größter Fehler war, der Privatisierung zuzustimmen.

Aber dieser Betrieb der Daseinsvorsorge, der über Jahrzehnte mit dem Wissen der Stadtwerker und den Gebühren aufgebaut wurde, ist das Eigentum aller BürgerInnen. Die Stadt verliert jetzt zunehmend die Kontrolle über die Daseinsvorsorge mit dem Ergebnis, dass Bürger und die Kommune am Gängelband der Konzerne hängen. Es ist dringend nötig, diesen Betrieb zurückzukaufen, statt später ohne die Erfahrung der Kollegen und mit heruntergewirtschafteten Anlagen und Netzen neu anzufangen.

Seit einigen Jahren gibt es bei Attac-Kiel eine Arbeitsgruppe, die sich mit den Folgen der Privatisierung von Wasser, welches ja als Nebenprodukt mit verkauft wurde, beschäftigt. Daraus hat sich das Bündnis Kielwasser entwickelt, an dem neben Attac, ver.di, BUND, NABU und Mieterverein auch KollegInnen der Stadtwerke teilnehmen. Ziel des Bündnisses ist die Rekommunalisierung der Kieler Stadtwerke unter einer en-

gagierten demokratischen Kontrolle!

Das Kieler Bündnis verfolgt hartnäckig dieses Ziel und führt regelmäßig Aktionen und Veranstaltungen in der Stadt durch. Dadurch konnten die Ratsfraktionen bislang an weiteren Anteilsverkäufen gehindert werden, den die Kieler Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) bereits hinter verschlossenen Türen verhandelte.

Auch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di unterstützt das Bündnis und lehnt alle weiteren Privatisierungen ab: „Ein Umdenken und Umkehren der bisherigen Politik muss stattfinden. Dabei muss über einen Rückkauf der schon privatisierten Betriebe diskutiert, müssen die dafür erforderlichen Schritte eingeleitet werden.“

Inbesondere tritt ver.di Kiel-Plön für die Rückabwicklung des Verkaufs der Stadtwerke ein, da sie ein wesentlicher ‚Einnahmebetrieb‘ für die Stadt sind sowie ein Betrieb, der die elementare Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Strom, Gas und Fernwärme sicherzustellen hat.“

Laut ver.di gibt es bereits über 60 Kommunen, die aus den negativen Erfahrungen der Privatisierung gelernt haben und versuchen diese rückgängig zu machen.

Das Bündnis Kielwasser erwägt ein Bürgerbegehren für den Rückkauf der Kieler Stadtwerke.

Gefordert wird aktuell:

- Keine Zerschlagung der bewährten Betriebsstrukturen!
- Keine Verlagerung wichtiger Geschäftsbereiche aus Kiel – Erhalt sämtlicher Servicebereiche für die BürgerInnen vor Ort!
- Kein Personal- und Stellenabbau – Erhalt aller Ausbildungs- und Arbeitsplätze!
- Keinen weiteren Anteilsverkauf der Stadtwerke!
- Für die vollständige Rekommunalisierung unserer Kieler Stadtwerke unter einer engagierten demokratischen Kontrolle!

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Fernwärme, Wasser und Abwasser sowie die Pflege der dazugehörigen Netze gehört zu den grundlegenden Aufgaben der Kommune. Die neoliberale Aushungerung der Kommunen ist ein Übel in Folge der profitgierigen Produktionsweise. Um Mindeststandards der Daseinsvorsorge der Menschen zu erhalten, ist generell eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen nötig, indem z.B. die Steuern auf Vermögen und Gewinne erhöht werden. (Uwe Stahl)

Quellen: www.buendnis-kielwasser.de, www.attac-kiel.de, www.wasser-in-buergerhand.de/recht/anreizregulierung_2.htm, PR der Stadtwerke Kiel, 1.11.06, PR MVV Energie v. 14.11.06, Film: „Wasser unterm Hammer“, Leslie Franke und Hermann Lorenz, KernTV, Hamburg.

Kommunales Wahlrecht für alle!

KÖLN. Bei Kommunalwahlen in Deutschland dürfen auch die Ausländer mitwählen – solange sie aus der EU kommen. Doch große Gruppen, wie Migranten aus der Türkei oder arabischen Ländern, können weiterhin nicht mitreden. Das muß sich ändern, denn Demokratie lebt vom Mitmachen. Der Europarat fordert schon seit Jahren, allen Menschen mit Aufenthaltsrecht das aktive und passive kommunale Wahlrecht zu verleihen. Inzwischen tut sich auch etwas in Köln. Auf der Ratssitzung am 15. Mai soll eine dementsprechende Resolution verabschiedet werden. Nach Bonn und Solingen würde damit die größte Stadt in NRW ein deutliches Zeichen setzen.

Özlem Demirel, Platzjabbeck 3/07

Anhebung der Hartz IV-Mieten überfällig!

HAMBURG. „Endlich erkennt auch die Sozialbehörde, dass die Mietobergrenzen für Empfängerinnen und -Empfänger von Arbeitslosengeld II angehoben werden müssen“, so Claudius Lieven, Sprecher für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen der GAL-Bürgerschaftsfraktion zur Ankündigung der Sozialbehörde, ab sofort alle laufenden Verfahren zur Senkung der Mietkosten ruhen zu lassen: „Die Sozialbehörde kapituliert nun vor den Folgen ihres eigenen Handelns, nämlich vor der großen Zahl von Menschen im Hartz IV-Bezug, die durch die zu niedrig angesetzten Mietobergrenzen aus ihren Wohnungen verdrängt werden“. Hamburg nimmt mit 6.700 Aufforderungen zur Senkung der Wohnkosten bundesweit einen Spitzenplatz in der behördlich verordneten Mietsenkung ein. Die GAL fordert die Mietobergrenzen an den Mietenspiegel anzupassen. Die Mietobergrenzen für Ein- und Zwei-Personen-Wohnungen waren zuletzt 1997 angepasst worden. Nun soll eine Anpassung an den Mietenspiegel 2005 vorgenommen werden. Dies muss nach Ansicht Lievens bei Vorliegen des neuen Mietenspiegels im Herbst 2007 fortgeschrieben werden.

www.gal-fraktion.d

Gegen ausbeuterische Arbeit auf kommunalen Baustellen:

MÜNCHEN. Die Stadtratsfraktion von Die Grünen – rosa liste wendet sich in einem Antrag an das Baureferat der Landeshauptstadt München, das darstellen soll, wie bei städtischen Auftragsvergaben ausbeuterische Arbeit auf kommunalen Baustellen vermieden werden kann. www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Bürgerbegehren erfolgreich:

KREFELD. Mehr als 70 Kollegen konnten vor dem Rathaus an Hans-Jürgen Neuhausen vom Wahlamt 23 492 Unterschriften

für den Erhalt des Klinikums in öffentlicher Hand übergeben. „Das ist ein sensationeller Erfolg“, urteilte die Gewerkschaft verdi stolz. Das Quorum für ein Bürgerbegehren (mindestens 7226 Stimmen) ist damit dreifach erreicht. „Täglich haben damit 840 Krefelder gegen die Verkaufsabsicht des Oberbürgermeisters und der CDU/FDP-Koalition votiert. Nur wenige Bürgerbegehren in NRW haben in vier Wochen eine Zustimmung von 13 Prozent der Bürger erreicht. Dieses überwältigende Votum kann auch der Oberbürgermeister nicht mehr ignorieren!“ Die SPD unterstützt das Bürgerbegehren mit einem Dringlichkeitsantrag für die nächste Ratssitzung. Danach sollen die derzeitigen Verkaufsbemühungen eingestellt werden, zumindest die Ergebnisse der Investorensuche und des Bürgerbegehrens aber abgewartet werden. Das Rechtsamt prüft jetzt die Rechtmäßigkeit des Bürgerbegehrens. Sind die Kriterien erfüllt, entscheidet der Rat (19. Juni). Stimmt er zu, wird das Klinikum (anteilmäßig) nicht verkauft. Lehnt der Rat das Bürgerbegehren ab, kommt es innerhalb von drei Monaten zum Bürgerentscheid. Für dessen Erfolg 36 000 Stimmen notwendig sind. **WZ 08.05.07**

Keine Krippenplätze zu Lasten Hartz IV-Betroffener: FRANKFURT A.M. Zu den Plänen der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen zur Finanzierung der zusätzlichen Krippenplätze eine Milliarde Euro bei den Hartz IV-Leistungen einzusparen, erklärt die Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer. „Wer angesichts der erschreckend hohen Kinderarmut in Deutschland allen Ernstes vorschlägt eine Milliarde Euro ausgerechnet bei den Hartz IV-Leistungen einzusparen, um Gelder für die Finanzierung der zusätzlichen Krippenplätze umzuschichten, ist als Familienministerin eine Fehlbesetzung“, sagt der Stadtverordnete und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE.WASG im Römer, Hans-Joachim Viehl. „Allein in Frankfurt lebt jedes vierte Kind in Armut – mit den Plänen von Frau von der Leyen wird diese Zahl weiter steigen. In der rauen Wirklichkeit des Arbeitsmarktes gäbe es aber immer weniger existenzsichernde Arbeitsplätze für alleinerziehende Mütter und noch weniger Ausbildungsplätze für Jugendliche.“

dielinke.wasg-im-roemer.de

Shopping-Tour der Stadtverordneten leider ohne die Linke: OFFENBACH. Einen ganzen Tag durch halb Hessen gondeln um sich Einkaufszentren, gebaut von der Firma Hoch-Tief, anzuschauen? Eine solche Erlebnistour wird leider ohne die Anwesenheit der Fraktion DIE LINKE. stattfinden müssen. Doch lei-

der ist die Fraktion an Personen und Mitteln nicht gerade üppig ausgestattet und besichtigt deshalb über diesen Sommer die maroden Offenbacher Schulen. Damit DIE LINKE nicht ganz den Anschluss an die Debatte um das neue Kaufwunderland verliert, wird sie sich bei ihren Kollegen vor Ort erkundigen, ob und wie es Hoch-Tief im Zusammenarbeit mit den jeweiligen Verantwortlichen geschafft hat Einkaufszentren in kleine und enge Altbau-Viertel zu betonieren? Wie hat sich der Verkehr entwickelt, was sagen die Anwohner dazu, falls sie inzwischen überhaupt noch Anwohner sind? Und: wie viele Straßen mussten die Städte zur Realisierung der Projekte wohl abtreten? Fragen, die sich innerhalb der Einkaufszentren wahrscheinlich niemand stellt, die sich die Stadtverordneten aber stellen müssen. www.die-linke-of.de

DIE LINKE. fordert Rücktritt von Polizeichef Wargel: GÖTTINGEN. Zu den Solidaritätsaktionen von bis zu 300 Göttingerinnen und Göttingern gegen die Kriminalisierung der G8-Proteste und der Polizeigewalt erklären die GÖLINKE, GÖLINKE Ratsfraktion und der Kreisverband Göttingen DIE LINKE.: Nach den bundesweiten Hausdurchsuchungen und Razzien gegen G8-Gegner werten die GÖLINKE, GÖLINKE Ratsfraktion und der Kreisverband Göttingen der LINKSPARTEI die gestrige Spontandemonstration von annähernd 300 Bürgerinnen und Bürgern als vollen Erfolg und als Zeichen bürgerschaftlichen Engagements gegen Kapitalismus und Kriegspolitik der G8. Im Rahmen der Demonstration wurde der Sprecher der LINKSPARTEI Göttingen Florian Höllen festgenommen, gefesselt und von Polizeikräften zum Verhör mitgenommen. LINKEN-Fraktionsvorsitzender Humke: „Solch ein unverhältnismäßiger Polizeieinsatz trägt die Originalhandschrift von Polizeichef Wargel, durch den langsam der Eindruck entstehen könnte, dass seine Handlungen ausschließlich politisch motiviert seien. Herr Wargel sollte zurücktreten und Göttingen langsam verlassen – allerdings nicht in Richtung seiner Freunde im Innenministerium.“

www.linkspartei-goettingen.de

Reform der Pflegeversicherung überfällig: TECKLENBURG-BROCHTERBECK. Der Deutsche Landkreistag (DLT) hat anlässlich seiner Präsidialsitzung im Kreis Steinfurt (NRW) auf die Folgen der zunehmenden Altersarmut hingewiesen und die Politik zum Gegensteuern aufgefordert. Nach den Worten von DLT-Präsident Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) handelt es sich um eine „tickende Zeitbombe“, die für die kommunalen Haushalte erhebliche

Belastungen bringe. „Wir sehen das bereits heute: Die Kommunen geben pro Jahr für über 600.000 Menschen fast 3 Mrd. Euro im Rahmen der Grundsicherung im Alter aus, Tendenz steigend. Immer mehr Personen sind zudem auf ergänzende kommunale Hilfe zur Pflege angewiesen, weil die Pflegeversicherung nicht auskömmlich ist. Dafür geben die Kommunen 2,6 Mrd. Euro im Jahr aus.“ Duppré erläuterte, dass immer mehr ältere Menschen in Deutschland von ergänzenden kommunalen Sozialleistungen abhängig seien. „Allein in der Grundsicherung im Alter und der Hilfe zur Pflege versorgen die Kommunen mehr als 1,3 Mio. Menschen. Jährlich geben sie ca. 5,5 Mrd. Euro aus, um das Existenzminimum bzw. die notwendige pflegerische Versorgung zu sichern.“ Wichtig sei den Landkreisen, dass es durch eine Reform nicht zu einer Verlagerung von Kosten auf die Kommunen komme. Ziel einer vorausschauenden Rentenpolitik dürfe es aber nicht sein, dass mehr und mehr Personen auf ergänzende Leistungen angewiesen. Insofern müssten Rente und private Altersvorsorge das Existenzminimum abdecken. www.kreise.de

Votum gegen neues Atomkraftwerk: LOVIISA, FINNLAND. Der deutsche Atomriesen E.ON hat in Finnland offenbar einen Rückschlag erlitten. Das Unternehmen wollte am bereits bestehenden, südfinnischen Atomkraftwerksstandort Loviisa ein neues Atomkraftwerk errichten. Jetzt hat der Stadtrat von Loviisa mit Beschluss vom 9. Mai mehrheitlich gegen den Verkauf von 112 Hektar Land an den deutschen Energiekonzern gestimmt. 16 der 27 Stadtratsvertreter sprachen sich nach Angaben der Organisation Urgewald gegen den Verkauf des Grundstücks aus. Damit brachten sie ein vorläufiges Abkommen zwischen der Stadt und E.ON zu Fall. Die Abstimmung zeigt nach Auffassung von Regine Richter von Urgewald, „dass die Zustimmung zur Atomkraft in Finnland zurückgeht.“ Die andert-halb-jährige Verzögerung „und die zahlreichen Pannen beim Bau des neuen Atomkraftwerks Olkiluoto“ sowie die Pläne, in Finnland Uran abzubauen, führten den Finnen die Nachteile und Gefahren der Atomkraft vor Augen. In Finnland werden derzeit vier Atomkraftwerke betrieben: zwei am Standort Loviisa und zwei am Standort Olkiluoto. In Olkiluoto errichteten AREVA und Siemens derzeit ein fünftes Atomkraftwerk vom Typ „Europäischer Druckwasser-Reaktor (EPR)“. In Olkiluoto soll zudem ein atomares Endlager errichtet werden. **ngo-online**

(Zusammenstellung: ulj)

30 000 Postler demonstrieren „gegen Liberalisierung ohne Sachverstand“

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir wehren uns! Wir sind gegen eine Liberalisierung ohne Sachverstand! (...) Der Wirtschaftsminister Glos sagt (Zitat vom 26. März 2007): „Ich halte am Ende des Briefmonopols zum 31.12.2007 fest“ (...) Während in der EU unter den 27 Mitgliedsstaaten genau in dieser Zeit heftig gerungen und ernsthaft abgewogen wird, wie es mit dem Postsektor – den Beschäftigten, dem Gleichklang, der qualitativ hochwertigen Postversorgung – in Europa insgesamt verantwortungsvoll weiter gehen soll, prescht der deutsche Wirtschaftsminister vor und legt sich fest. (...) Wir sagen NEIN zu einer einseitigen und vorschnellen Öffnung des Briefmarktes in Deutschland.

Wir wollen eine Regulierungspolitik im europäischen Gleichklang (...) Und die Politik muss wissen: Die Postlerinnen und Postler lassen sich nicht auf die Schlachtbank der Deregulierung führen! Nach dem geltenden deutschen Postgesetz läuft die Exklusivlizenz der Post AG für Briefe und Infopost zum 31.12. dieses Jahres aus. Die derzeitige EU-Richtlinie sieht ein Auslaufen von solchen nationalen Exklusivlizenzen zum 31. Dezember 2008, also ein Jahr später vor.

Ob das aber so kommt, oder ob nicht EU-Parlament und Kommission im Zuge der derzeitigen Beratungen über die neue EU-Postdiensterrichtlinie anders entscheiden. Zum Beispiel für eine weitere zeitlich begrenzte Verlängerung oder vielleicht auch eine „Ewigkeitsklausel“ in Sachen reserviertem Bereich – das weiß man nicht.

Und deshalb sagen wir: Die deutsche Exklusivlizenz muss verlängert werden. Auf jeden Fall bis Ende 2008. (...) wir sind gegen eine Liberalisierung ohne Sachverstand. (...) Der Vizekanzler Franz Müntefering hat es im Februar so gesagt (FTD 18.2.07) und der Finanzminister Peer Steinbrück letzte Woche am Dienstag bei einem Treffen der Finanzminister in Brüssel – ich zitiere (TSP vom 9.5.07): „Wir sollten nicht blöd sein“ – und unseren Markt in Deutschland vorzeitig öffnen.

Recht haben die beiden Herrschaften – man sollte nicht blöd sein. Das gilt für alle Lebenslagen, und das gilt eben auch für die Postpolitik. 32 000 tarifvertraglich und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel.

Das ist kein „Peanuts“. Das sind 32 000 beruflich gesicherte Existenzen. Das ist die Grundlage für ein Leben, für die Gründung vielleicht auch einer Familie, für die Möglichkeit, Kinder zu ha-

ben und großzuziehen. Und wer ohne Not an diesem Ast sägt, wer willentlich den Verlust von 32 000 tariflich und sozial geschützten Arbeitsplätzen hin nimmt, der schädigt die Volkswirtschaft – ja mehr noch, der versagt den Menschen Zukunft! (...) So ein Land – das wollen wir nicht.

Wir sagen Nein – wenn unsere Arbeitsplätze aufs Spiel gesetzt werden. Wir sagen Nein – wenn die Politik Armutslohne fördert. Das ist mit uns, mit ver.di nicht zu machen und dagegen, Kolleginnen und Kollegen, wehren wir uns!

Kolleginnen und Kollegen, fast zehn Jahre Liberalisierung (nachrichtlich: seit 1998) – und was ist passiert?

Es wurden im Briefbereich bei der Post AG über 28 000 Arbeitsplätze abgebaut und bei den neuen Briefdiensten rund 16 000 aufgebaut. Das ist ein Saldo, ein Minus, ein Verlust von 12 000 Arbeitsplätzen. Liberalisierung schafft keine Arbeitsplätze. (...) Wir haben nichts gegen Wettbewerb. Aber er muss fair sein. Und genau das ist nicht der Fall.

Wir, ver.di, wir haben das untersucht. Und Fakt ist: Unsere Kolleginnen und Kollegen bei den privaten Briefdiensten verdienen im Schnitt im Westen vierzig und im Osten fünfzig Prozent weniger als das Einstiegsgeld eines Zustellers bei der Post. Und hier nur zur Klarstellung – damit da kein Missverständnis entsteht: Wer als Zusteller bei der Post arbeitet, der scheffelt keine Reichtümer. Das ist hart verdientes Geld. (...) Fakt ist: Die Liberalisierung des Postmarktes in Deutschland leistet nachweislich einem Geschäftsmodell Vorschub, das die Briefmarke billig macht, indem die unter miserabelsten Bedingungen arbeitenden Beschäftigten von ihrem Arbeitgeber gezwungen werden, ihren spärlichen Lohn mit Arbeitslosengeld II zu ergänzen. Und so ein Geschäftsmodell, das Kolleginnen und Kollegen, das lehnt ver.di ab! (...) Tariflich geschützte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind also nicht wettbewerbsfähig. Das ist ein Unding, das geht nicht, das ist menschenverachtend und gegen so eine Sichtweise setzen wir uns zur Wehr!

Im übrigen: Was heißt denn hier Konkurrenz? Was heißt denn hier Wettbewerb?

Man muss nicht BWL studiert haben, um zu kapieren, dass Arbeitsplätze auf die Dauer nicht gesichert werden können, wenn sie gegen eine Konkurrenz zu bestehen haben, wo den Leuten gerade

mal die Hälfte des Lohns gezahlt wird und der Rest über die Sozialkassen des Staates subventioniert wird. (...) Das ist kein Wettbewerb, sondern das ist Lohndumping auf Kosten der Steuerzahler, und dem muss ein Riegel vorgeschoben werden! (...) Die Regulierungsbehörde – die ja jetzt Bundesnetzagentur heißt – muss endlich handeln und den Unternehmen, die Lohndumping betreiben, die Lizenz entziehen!

Die Bundesnetzagentur muss umsetzen, was im Postgesetz steht und da steht, dass die Arbeitsbedingungen, die im lizenzierten Bereich üblich sind, nicht erheblich unterschritten werden dürfen.

Und üblich sind hier die Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post AG!

Und wenn sich dann der Präsident der Regulierungsbehörde, Matthias Kurth hinstellt und verkündet (Pressemeldung vom 26. März 2007): Die Bundesnetzagentur hat „keine Befugnis zur Festsetzung eines Mindestlohns“ – dann sagen wir: Bleib locker, Matthias! Darüber wollen wir mit Dir auch gar nicht verhandeln, sondern wir erwarten, dass Du den schwarzen Schafen die Lizenz entziehest!

Kolleginnen und Kollegen, heute Abend, da tagt der Koalitionsausschuss – auch die Frage des Mindestlohns soll da beraten werden.

Wir sagen: Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land!

Und wir brauchen eine Lösung für die Postbranche. Und in dieser Debatte um den Mindestlohn, da zeigt uns das Postgesetz einen klaren Weg. Ein branchenspezifischer Mindestlohn, der kann nicht unterhalb der Schwelle liegen, wo jemand nach den Vorgaben des Postgesetzes gar keine Lizenz bekommt.

Wir sagen NEIN zu einer Politik, die Armutslohne fördert. Und wir sagen NEIN zu Armutslohnen, die durch die Sozialkassen subventioniert werden. Wir sagen JA zu einem Mindestlohn.

Kolleginnen und Kollegen, da sagen wir: Diskutiert ist genug – jetzt muss gehandelt werden!

Und deshalb fordern wir eine zeitgleiche Marköffnung für alle Länder in Europa!

Und deshalb sagen wir: Der Mindestlohn muss her!

Und deshalb sagen wir: Wer die Sozialkassen plündert, dem muss die Lizenz entzogen werden!

Kolleginnen und Kollegen, wir wehren uns! Gegen eine Liberalisierung ohne Sachverstand! Und für den Erhalt von tariflich und sozial geschützten Arbeitsplätzen bei der Post und anderswo!

Ich danke Euch für die Aufmerksamkeit!

* Andrea Kocsis Mitglied ver.di-Bundesvorstand Bundesfachbereichsleiterin Postdienste, Speditionen und Logistik

Chrysler-Verkauf an Cerberus ein „Schlag ins Gesicht der Mitarbeiter“

STUTTGART/KÖLN/STADE 14.5. Die Kritischen Aktionäre DaimlerChrysler (KADC) verurteilen den geplanten Verkauf von Chrysler für 5,5 Milliarden Euro an den Investor Cerberus. Mit diesem Deal werden die Hoffnungen und das Alternativmodell von 80.000 Chrysler-Mitarbeitern in den USA mit Füßen getreten. KADC forderte den Aufsichtsrat von DaimlerChrysler auf, dem Abschluss des Vertrags mit Cerberus nicht zuzustimmen.

„Der Verkauf an die Heuschrecke Cerberus wäre ein Schlag ins Gesicht der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter“, kommentierte KADC-Sprecherin Beate Winkler-Pedernera den geplanten Verkauf. „Denn mit Cerberus ist der Weg zu weiteren Masseneinstellungen und Werksschließungen vorgezeichnet.“ So sollen 30.000 Arbeitsplätze gestrichen, fünf Werke geschlossen und das Jeep-Werk in Toledo verkauft werden. Mittelfristig könnte Chrysler in den Bankrott geführt werden, um sich der verbleibenden Pensionslasten zu entledigen.

Seit der Hauptversammlung im April 2007 sei Vorstand und Aufsichtsrat bekannt, dass die 80.000 Mitarbeiter in den USA selbst für ihr Unternehmen bieten wollen. Ziel der Mitarbeiter ist die Sicherung von Arbeitsplätzen, aber auch der Schutz von Daimler als Übernahmekandidat. „Mit dem Mitarbeiter-Modell könnte das Problem der Pensionslasten über Verzichtleistungen gelöst werden, zudem wäre das Modell durch Steuererleichterungen für die deutsche und die US-amerikanische Seite ein Gewinn“, erläuterte Frau Winkler-Pedernera.

Der KADC kritisierte vehement, dass

DaimlerChrysler die Kommunikation mit dem Buyout Committee der Chrysler-Mitarbeiter bislang verweigerte. „Selbst die Arbeitnehmervertreter scheinen an einem Deal hinter verschlossenen Türen beteiligt zu sein“, befürchtete Beate Winkler-Pedernera. „Denn auch sie haben keine Partei für das Modell der Gewerkschafter und Mitglieder ergriffen.“ Laut KADC ist dieses Vorgehen absolut unverständlich, denn die Mitarbeiter verfügen über enorme finanzielle Rückendeckung und könnten mit einem Gebot von bis zu 6,3 Milliarden Euro deutlich über die bisherige genannte Kaufsumme gehen. „Weshalb aber verhandeln weder der Daimler-Vorstand, -Aufsichtsrat oder -Betriebsrat mit dem Buyout Committee?“

„Die Kritischen Aktionäre verurteilen daher aufs schärfste, dass die Option der Arbeitnehmer nicht als gleichberechtigte Möglichkeit respektiert wird.

Wir fordern die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und dabei besonders den Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Erich Klemm auf, dem Abschluss des Vertrages mit Cerberus aktiv entgegen zu treten“, so Frau Winkler-Pedernera. Bevor man sich für ein Modell entscheidet, müssten die Arbeitnehmer ihre Chance bekommen. „Solange nicht alle Anbieter gleich behandelt worden sind und im gleichen Umfang alle Einsicht in alle Unterlagen erhalten haben, bezweifeln wir Kritischen Aktionäre die Rechtmäßigkeit des Verkaufs“, so Winkler-Pedernera.

Kontakt: Beate Winkler-Pedernera, Sprecherin der Kritischen Aktionäre DaimlerChrysler
beate.winkler@vodafone.de Tel. 041 41/ 411 481
oder 0175-26 33 26 76

Arbeitgeberverbände äußern sich zum Metall-Abschluss. FAZ, Mo. 5.5.07. Der Abschluss habe keine Signalwirkung, sagte der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Druck und Medien, T. Mayer. Die Druckindustrie erhole sich nur mühsam von der Krise. „Der Tarifabschluss kann in einer solchen Größenordnung keine Orientierung für unsere laufenden Tarifverhandlungen sein. Im Einzelhandel herrschen andere Verhältnisse“, sagte der Sprecher des Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels, H. Pellen-gahr. Arbeitgeberpräsident D. Hundt sagte, die ausgezeichnete Konjunkturlage in der Metall- und Elektroindustrie gelte keineswegs für alle Branchen. Was jetzt akzeptabel erscheine, „kann sich auf Dauer als Hypothek für die Beschäftigung erweisen“.

EU reglementiert öffentliche Verkehrsbetriebe. FAZ, Fr. 11.5.07. Eine neu gefasste EU-Verordnung zum ÖPNV legt fest, dass sich öffentliche Monopolbetriebe sowie ihre Töchterunternehmen nicht an Ausschreibungen in anderen Regionen beteiligen dürfen und dass sie den überwiegenden Teil, also mehr als die Hälfte der Verkehrsdienste, selbst erbringen müssen. Bundesverkehrsminister W. Tiefensee hatte offensichtlich auf Druck des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gefordert, die Selbsterbringungsquote auf nur ca. 20-30 % zu beschränken. Damit hätten die öffentlichen Verkehrsbetriebe mehr Subunternehmer mit beauftragen können. Diese Forderung nach einem geringeren Eigenerbringungsanteil wurde jedoch vom Europaparlament aus Sorge vor Wettbewerbsverzerrungen abgelehnt. „Es kann nicht angehen, dass die staatlichen Verkehrsbetriebe sich einerseits dem Wettbewerb mit privaten Konkurrenten entziehen und andererseits dann zu Dumpingpreisen die Aufträge untervergeben“, so der Europaabgeordnete G. Jarzembowski (CDU).

IT-Branche kritisiert Zuwanderungsgesetz. FAZ, Sa. 12.5.07. Bitkom-Präsident W. Bechtold äußert sich im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel in der Computerindustrie zum Zuwanderungsgesetz: „Derzeit erweist sich das Gesetz als Zuwanderungsverhinderungsgesetz. IT-Fachkräfte müssen mindestens 85 000 Euro pro Jahr verdienen, wenn sie dauerhaft in Deutschland bleiben wollen. Das ist utopisch, gerade wenn die IT-Unternehmen junge Hochschulabsolventen für Deutschland begeistern wollen. Wir fordern im Schulterschluss mit anderen Wirtschaftsverbänden die Einführung eines Punktesystems. Dabei entscheiden Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse und Alter über die Möglichkeit einer Zuwanderung.“

Presseauswertung: rst



Seit Freitagmorgen, 11. Mai, wehren die Beschäftigten der Deutschen Telekom sich mit Streik gegen die Pläne des Konzernvorstandes zu T-Service. Dafür haben bei der Urabstimmung vom 7. bis zum 9. Mai 96,5 Prozent der aufgerufenen ver.di-Mitglieder votiert. Die Telekom weigert sich, mit ver.di vorrangig über einen Tarifvertrag zum Auslagerungsschutz zu verhandeln. Am Streikaufruf beteiligten sich von Tag zu Tag mehr Beschäftigte. Am Montag waren es rund 15.000. Einer Forsa-Umfrage im Auftrag des Stern zufolge bekunden 78 Prozent der Bundesbürger/innen Verständnis für den Ausstand. www.verdi.de.

Bild: 1. Mai in Hamburg, Lokalberichte

Eine tausendköpfige Demonstration gegen Toleranz und Gleichberechtigung, für ein rein katholisches Bayern fand am Samstag, 5. Mai, in München statt. Für ihre dreistündige Auftaktkundgebung konnten die fundamentalistischen Veranstalter den Herkulesaal der (staatseigenen) Residenz nutzen, für die Schlusskundgebung war ein Altar an der Mariensäule aufgebaut.

Die Einladung zu dem bizarren Spektakel war mir ausgerechnet am 1. Mai auf dem Marienplatz in die Hand gedrückt worden. Eine „Patronatsfeier“ mit „Herz-Mariä-Sühneandacht“, „levitiertem Festhochamt zu Ehren der Patrona Bavariae“ und anschließender „Prozession zur Mariensäule“ zwecks „Gebet zur Erneuerung der Weihe Bayerns“ war darauf angekündigt.

Als ich an dem angegebenen Samstagnachmittag zwei Stunden nach Beginn der dreistündigen Veranstaltung die Residenz betrat, überreichte mir an der Treppe zum Saal eine junge Frau ein kleines, gelbes Zettelchen mit der Zahl 927. Vor mir waren also bereits 926 andere Personen die Treppe hinaufgestiegen.

Tatsächlich war der Herkulesaal, der maximal 1450 Personen fasst, unten gut gefüllt, nur die Balkone waren weitgehend frei. Auf der Bühne war ein Hochaltar aufgebaut, gekrönt von einer Marienfigur. Obwohl im Herkulesaal, laut Internetseite des Vermieters, der bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung, Rauch- und Kerzenverbot gilt, brannten mindestens elf große Kerzen. Am Rednerpult beklagte ein weiß-golden gekleideter Mann ausführlich, dass der traditionelle Ritus der katholischen Messe seit dem II. Vatikanischen Konzil (1962–65) nicht mehr üblich, ja geradezu verboten sei und stattdessen ein Ritus zelebriert werde, an dem sogar sechs Protestanten mitgewirkt hätten. Was der bayerische Herzog Maximilian I. wohl dazu sagen würde, wollte der Redner von den Zuhörern wissen, wo der doch 1620 in der Schlacht am Weißen Berge bei Prag gegen die böhmischen Protestanten gekämpft und sie besiegt und außerdem auch in Bayern dafür gesorgt habe, dass sich der Protestantismus nicht ausbreiten konnte. Heute habe sich ein verhängnisvoller Geist des Liberalismus ausgebreitet, der dazu führe, dass andere Bekenntnisse als gleichberechtigt mit dem katholischen Glauben akzeptiert würden. In Berliner Schulen beispielsweise gebe es sogar Islam-Unterricht, statt dass „den Mohammedanern, wenn sie schon herkommen“, die wahre christliche Religion nahe gebracht werde. Dem Plädoyer für die Missionierung von Schulkindern folgte der Aufruf zur weltweiten Missionstätigkeit – „bis zum endgültigen Sieg“.

Nachdem er die drei Feinde Freimaui-



Tausendköpfige Demonstration für

rertum/Liberalismus, Sozialismus und Neuheidentum/Unglaube gegeißelt und den „bethlehemitischen Kindermord, der unser Volk bedroht“, angeprangert hatte, empfahl der Weiß-Goldene als Gegenmittel die „Erneuerung der Weihe Bayerns an das unbefleckte Herz Mariens“. Wieder bezog er sich auf Maximilian I., der 1616 erstmals eine bronzene Marienstatue an der Fassade der Residenz anbringen ließ und Maria zur Schutzherrin Bayerns (Patrona Bavariae) erklärte. 1638 habe der fromme Herzog und Verteidiger des wahren Glaubens die Mariensäule errichten lassen und erneut Bayern unter ihren Schutz gestellt. In einem mit eigenem Blut geschriebenen Brief habe er sein Herz der Muttergottes geweiht und bestimmt, dass es in dem Marienwallfahrtsort Altötting begraben sein solle. Tatsächlich habe Maria die Gläubigen niemals enttäuscht, wenn sie sich in schwierigen Situationen an sie gewendet hätten. Immer habe sie geholfen. Auch heute könne durch Hinwendung zu Maria die Welt gerettet werden, andernfalls sei sie zum Untergang verdammt. Was Maria von den Gläubigen konkret erwarte, habe sie im Jahr 1917 persönlich mitgeteilt, als sie einigen Hirtenmädchen in Fatima erschienen sei. So könne man z.B. „jedes auch noch so schwerwiegende Problem, sei es im weltlichen oder im geistlichen Bereich, durch das Rosenkranzgebet lösen“. Auch das Begehen der „fünf Herz-Mariä-Sühnesamstage“ gehöre zu den Forderungen Marias. Mi-

nisterpräsident Stoiber forderte er auf, an diesen Sühnesamstagen – d.h. Veranstaltungen wie der gerade laufenden – teilzunehmen.

Die Priesterbruderschaft St. Pius X.

Bei dem Redner handelte es sich, wie ich am Büchertisch erfuhr, um Pater Franz Schmidberger, Ober des Distrikts Deutschland der Priesterbruderschaft St. Pius X. Diese Bruderschaft wurde



Kostenlos beziehen diese Kinder die Zeitschrift „Der Kreuzfahrer“.



Kerzengeschmückter Altar auf der Bühne im Herkulesaal – Erzengel Michael, Besieger des Satans und Schutzpatron der Jesuiten – Marienplatz: Bayern wird dem Unbefleckten Herzens Mariens geweiht.

Gründer der deutschen Jesuitenprovinz, Petrus Canisius, benennt. Oder wenn sie Banner mittragen lässt, auf denen der Erzengel Michael, den die Jesuiten als Bezwinger des Teufels besonders verehrten (siehe Jesuitenkirche St. Michael in der Fußgängerzone), in der Pose eines Deutschordensritters dargestellt ist.

Zurück zum Sühnesamstag

Um halb acht Uhr abends formierten sich die Teilnehmer der vorangegangenen Veranstaltung im Hofgarten zu einem Demonstrationzug. Einer der drei anwesenden Polizisten schätzte die Zahl der Demonstranten auf „900, eher mehr“, die Veranstalter zählten 1200. Mit Gesängen und Gebeten ging es – vorbei an der Residenzfassade mit der Patrona Bavariae auf der einen, dem Jesuitenzögling Tilly, Feldherr der katholischen Heere in der Schlacht am Weißen Berge, auf der anderen Seite – Richtung Marienplatz. Junge Mädchen aus Innsbruck verteilten an die Passanten entlang der Route großzügig Material. Den Demonstranten waren Gesänge und Gebete schriftlich ausgegeben worden, so dass jeder Texte wie die folgenden mitsingen und mitbeten konnte:

„Maria, Mutter der Gnade! Wir kommen zu Dir in der Tradition unserer Väter ... Wir weihen uns und unser Bayernland Deinem Unbefleckten Herzen. ... Die Nebel teuflischer Verwirrung lasten über unserer Gesellschaft und selbst über der Kirche ... Durch dein Unbeflecktes Herz kehre die milde Herrschaft deines Sohnes in unser Land zurück. Durch dich triumphiere der heilige Glaube über alle Zweifel! Durch dich siege er über die Irrlehren des Modernismus, des Liberalismus und des Sozialismus ... Wir verpflichten uns, ... das Gesetz Christi auch im öffentlichen Leben zu verwirklichen. ... Für (die Kinder) erbitten wir von Dir wahrhaft katholische Schulen. ... Erwecke unter unserer Jugend zahlreiche glühende Priester- und Ordensberufungen für den Dienst in deiner Kirche, für die Rettung der Seelen, für das Aufblühen eines katholischen Bayernlandes ...“

Vier Plagen und die Bayernhymne

An der Mariensäule angekommen, wandte sich zunächst der Chef des Priesterseminars in Zaitzkofen, ein gewisser Pater Stefan Frey, an das „liebe bayerische Volk“. Wieder war von Maximilian I. die Rede, dem „bedeutendsten Staatsmann in der bayerischen Geschichte“ und Urheber der Mariensäule. Mit Hilfe der Engel an den vier Ecken des Säulenpodestes, so der Pater, siegte Maria über die „vier Plagen jener Zeit: Unglaube, Krieg, Pest und Hunger“. Was kann uns das heute noch bedeuten, fragte er, „in einer Zeit, in der niemand mehr von Pest, Krieg oder Hunger bedroht“ sei. Umso stärker bedrohe uns aber der

Intoleranz in München

1970, nach dem zweiten Vatikanischen Konzil (1962–65), von dem später (1988) wegen unerlaubter Bischofsweißen exkommunizierten und 1991 verstorbenen französischen Erzbischof Marcel Lefebvre gegründet, „um den wahren katholischen Glauben, so wie die Kirche ihn seit 2000 Jahren lehrt, aufrechtzuerhalten“. Sie ist auf mehreren Kontinenten tätig, betreibt Priesterseminare und Schulen, unterhält Kirchen und

Kapellen, veranstaltet Familienkreise, Wallfahrten, Jugendtreffen und Ferienlager. Für Kinder gibt es „Eucharistische Kinderkreuzzüge“. Hierzu heißt es in einer Broschüre, in der sich die Organisation vorstellt: „Wie sein Name es anzeigt, propagiert dieser geistige Kreuzzug einen kämpferischen Geist, der zu allererst gegen das eigene Ich gerichtet ist, gegen seine Fehler, sodann gegen die Herrschaft Satans, um die Seelen der Hölle zu entreißen und sie für Jesus Christus zu gewinnen ...“

Der deutsche Distrikt der Priesterbruderschaft Pius X. hat seinen Sitz in Stuttgart, das zentrale Priesterseminar befindet sich in Zaitzkofen bei Regensburg. In München gibt es seit 1987 in der Johann-Clanze-Straße (Sendling) die Kirche St. Maria-Patrona-Bavariae, die von Lefebvre selbst geweiht wurde.

Mit der besonderen Betonung der Ausbildung von Priestern (die „Christus gleichgestaltet“ sind, also weit über den Laien stehen), der Tätigkeit im Bildungsbereich und der Missionstätigkeit ähnelt die Bruderschaft dem frühen Jesuitenorden, der 1534 gegründet wurde, sich ebenfalls als militanter Kampforden für Erhalt und Ausbreitung des Katholizismus verstand und unter den bayerischen Herzögen Albrecht V. (1550–79), Wilhelm V. (1579–97) und Maximilian I. (1597–1651) das politische und geistliche Leben in München bestimmte. Eine Ähnlichkeit, die die Bruderschaft selbst unterstreicht, wenn sie z.B. ihre Kapelle in Aachen nach dem



Kampf dem Unglauben (= Schlange) Liberalismus, Sozialismus, Islam



Vorbei an der Patrona Bavariae an der Residenz auf der einen und Maximilians Feldherrn Tilly auf der anderen Seite.

Unglaube. Neuheidentum breite sich aus, Freimaurertum und Sozialismus bekämpften den Glauben. Zu einer vor Kurzem noch unvorstellbaren Gefahr sei der Islam geworden.

An die Stelle des Krieges nach außen, erklärte er weiter, sei heute der „Krieg gegen die ungeborenen Kinder“ getreten. Sei es einem Kind gelungen, dieser Bedrohung zu entgehen, werde es Opfer der nächsten Qualen, ausgeliefert an eine staatliche Kinderkrippe. Danach sei es in der Schule den Angriffen gegen den Glauben ausgesetzt. Gegen all das aber helfe das unbefleckte Herz Mariens, samt den Anweisungen, die sie vor 90 Jahren in Fatima gegeben habe.

Schließlich folgte die eigentliche „Weihe“ durch den Distriktoberen Schmidberger mit anschließendem Absingen der Bayernhymne.

Gegen Ende der Veranstaltung wurde noch bekannt gegeben, dass das Erzbischöfliche Ordinariat München-Freising das Ganze als eine „Provokation“ betrachte. Die offizielle katholische Kirche distanziert sich nämlich halbherzig von der Pius-Bruderschaft, will sich aber nicht wirklich von ihr trennen. Die Bruderschaft selbst hofft, dass der Papst Josef Ratzinger den alten Ritus der Messe wieder allgemein zulassen wird, so dass ihre Isolation in der Kirche beendet bzw. sie zumindest als legitimer Bestandteil der Kirche anerkannt wird.

Die Passanten und Touristen auf dem Marienplatz empfanden das ganze Spektakel als „Folklore“. Mir selbst erschien die Sache zunächst einfach lächerlich. Bei genauerem Hinhören blieb mir jedoch das Lachen

im Halse stecken. Nicht nur wegen der Kinder, die zu Bekämpfern des eigenen Ich und zu Kreuzfahrern gegen Andere herangebildet werden (die Kinderzeitschrift der Priesterbruderschaft heißt tatsächlich „Der Kreuzfahrer“!). Sondern auch, weil hier im Gewande einer religiösen Gemeinschaft eine fanatische Organisation völlig unbehelligt ihr Unwesen treibt, die sich ausdrücklich gegen das friedliche Zusammenleben in unserer Stadt wendet. Sie kann sich offensichtlich auf erhebliche finanzielle Mittel stützen, aber auch an lang eingewurzelten Traditionen anknüpfen und sich dadurch breite Spielräume und große Akzeptanz verschaffen. Ihr massives Auftreten zu einem Zeitpunkt, wo sie sich weitgehende Zugeständnisse von Seiten des amtierenden Papstes verspricht, ist sicher kein Zufall. Wir werden uns mit ihnen genauer beschäftigen müssen.

Renate Hennecke



Pater Schmidberger mit Diakon und Subdiakon

50 Jahre Staatskirchenvertrag Schleswig-Holstein

In Glauben und Geld vereint

Seit 50 Jahren besteht der unkündbare Staatskirchenvertrag der Evangelischen Nordelbischen Kirche mit dem Land Schleswig-Holstein. Zur Erinnerung an diesen Vertragsabschluss fand am Sonntag, den 6. Mai 2007, ein Gottesdienst in der Kirche St. Nikolai in Kiel statt. Der Nordelbische Bischof Knuth fand feierliche Worte, um die staatskirchlichen Interessen neu zu bestärken.

KIEL. Am 23. April 1957 wurde der Staatskirchenvertrag zwischen den evangelischen Landeskirchen Eutin, Lübeck, Schleswig-Holstein und dem Bundesland Schleswig-Holstein geschlossen. Diese drei ehemals selbständigen Kirchen bilden seit 1977 zusammen mit der Kirche von Alt-Hamburg die Nordelbische Kirche, die die Rechtsnachfolge antrat.

Mit dem Vertrag habe der Staat anerkannt, dass Religion „eine öffentliche Angelegenheit“ ist, so Bischof Knuth. Er garantiere den „sach- und menschengerechten Einfluß der christlichen Kirche im öffentlichen Leben“. Der Staat sichere den rechtlichen Rahmen der Freiheit zur Verkündigung des Evangeliums, das die Kirche als „die Botschaft von der Liebe Gottes folgenreich für das Gemeinwohl in das gesellschaftliche Zusammenleben einbringen will“.

Die Kernpunkte des Vertrages, die diesen kirchlichen Einfluss sicherstellen, sind: Das Land gewährt den gesetzlichen Schutz, den evangelischen Glauben zu bekennen und auszuüben. Der Einfluss der Kirchen auf das Schulwe-

sen wird gesichert. Die Gemeinschaftsschulen müssen „im Hinblick auf die Zugehörigkeit des größten Teils der Schüler und Lehrer des Landes zum christlichen Glauben ... christlichen Grundcharakter“ haben. Das Land garantiert den Bestand der Theologischen Fakultät an der Kieler Universität. Hier wird, auf akademische Weise, das Pastorenhandwerk unterrichtet. Das Land schafft an pädagogischen Hochschulen die Voraussetzungen für die Ausbildung von Religionslehrern. Die Kirchen haben das Recht, in staatlichen Krankenhäusern und Justizvollzugsanstalten mit Seelsorgern aktiv zu sein.

Aber die Kirche lebt nicht nur vom Wort allein: Mit dem Staatskirchenvertrag wird das vom Grundgesetz garantierte Privileg, eigene Steuern zu erheben, umgesetzt: Er regelt auf Landesebene, dass und in welcher Höhe über das Finanzamt die von der Kirche eigenständig bestimmten Kirchensteuern zu erheben sind. Zur Zeit acht Prozent der Lohnsteuer.

Was in dem Vertrag nicht fehlen durfte, sind die „Dotationen“, also die direkten Zuwendungen des Landes an die Kirche. Das liest sich in Artikel 18 Abs. 1 des Vertrages wie folgt: „Das Land zahlt an die Kirchen vom 1. April 1957 ab als Dotation für kirchenregimentliche Zwecke, als Zuschüsse für Zwecke der Pfarrbesoldung und -versorgung ... jährlich DM 2,9 Millionen (Staatsleis-



Nicht die sonntägliche milde Gabe füllt die Kassen der Kirche, sondern die Kirchensteuern der Mitglieder und die Zuwendungen aus Steuermitteln aller BürgerInnen!

tung an die evangelischen Landeskirchen). Der Betrag ist in seiner Höhe den Veränderungen der Besoldung der Landesbeamten anzupassen. Ein Verwendungsnachweis gemäß § 64 a der Reichshaushaltsordnung wird nicht gefordert.“ Dieser dynamisierte Betrag, der ohne Rechenschaftspflicht gezahlt wird, ist laut Evangelischen Pressedienst (epd, 2.5.07) inzwischen auf 11 Mio. Euro pro Jahr angewachsen.

Ab und an flackert durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag leise Kri-

tik an diesen Geschenken für die Kirche. Ende 2006 muckte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Landtages, der SPD-Abgeordnete Günter Neugebauer, kurz auf. Prompt wurde er von seiner Partei zurückgepfiffen. Der SPD-Abgeordnete Fischer widersprach ihm, der Festbetrag, der unter anderem in die Pastorengelälter mit einfließt, sei „kein üblicher Zuschuss“. Auf das Thema angesprochen, trägt die Staatskanzlei mit Unschuldsmine vor „...dass nach den verfassungsrechtlichen Normen eine Kündigung nur durch ein so genanntes ‚Grundsatzgesetz‘ des Bundes möglich sei; insofern habe die Landesregierung keinerlei Handlungsmöglichkeiten.“

Die unantastbare Jahresgabe sicher im Beutel, konnte im Festgottesdienst in Eintracht der Lobgesang auf den Staatskirchenvertrag angestimmt werden. Kirche und Staat, Glaube und Geld hatten sich gefunden. Laut epd belief sich das für die Nordelbische Kirche von den Finanzämtern eingezogene Aufkommen an Kirchensteuern im Jahr 2006 auf 284,7 Millionen Euro. Als Gegenleistung für diese kostengünstige Dienstleistung des Finanzamtes zahlte die Kirche dankbar ca. 4 Mio. Euro an das Land zurück.

An vergangene Konflikte konnte und mochte sich in dieser Feierstunde keiner so recht erinnern: 1976 zogen Pastoren im Talar zur Baustelle des AKW Brockdorf, um im Tränengas mit Gebeten und Liedern gegen die Atompolitik des Landes zu protestieren. Auch der Widerstand vieler Gemeindemitglieder gegen die sonntägliche Ladenöffnungszeiten ist doch gar nicht so lange her?

Aber wie hat man sich im Artikel 28 des Staatskirchenvertrags damals versprochen: „Die Kirchenleitungen und die Landesregierung werden eine etwa in Zukunft zwischen ihnen entstehende Meinungsverschiedenheit ... auf freundschaftliche Weise beseitigen.“

Karl-Helmut Lechner

Entschädigungszahlungen seit 200 Jahren wegen „rechtswidriger“ Konfiskation.

Wir dokumentieren hier die offizielle historische und juristische Herleitung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), mit dem sie ihren Anspruch auf finanzielle Leistungen durch den Staat begründen.

„Zuschüsse aus öffentlichen Kassen sind solche Zuwendungen des Staates an die Kirchen, die auch zur Finanzierung ihres Kultusaufwandes dienen und deren Rechtsgrundlagen aus den überkommenen Staat-Kirche-Beziehungen herzuleiten sind. Sie haben ihren Ursprung in den Säkularisationen, insbesondere denen der Reformation, des Westfälischen Friedens (1648) und Reichsdeputationshauptschlusses (1803). Letzterer war eine allgemeine Säkularisation der katholischen Reichskirche, d.h. eine rechtswidrige Konfiskation aller ihrer Hoheitsrechte und Güter zugunsten der weltlichen Fürsten (sie mußten nach dem Friedensvertrag von Luneville (9.2.1801) ihre linksrheinischen Gebiete an Frankreich abtreten). Die Landesherren haben die landsässigen Stifte, Abteien und Klöster aufgehoben und die kirchlichen Güter einge-

zogen (Der Kirche ging verloren: 66 geistliche Reichsstände (3 Kurfürstentümer, 19 Reichsbistümer, 44 Reichsabteien), alle mittelbaren Stifte, Abteien und Klöster (10.000 km², 3,2 Mio. Einwohner, 21 Mio. Gulden jährliche Einkünfte) ...

Art. 140 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland (GG) in Verbindung mit Art. 138 Abs. 1 der Weimarer Reichsverfassung (WRV) hat authentisch klargestellt, daß diese in der Zeit vor dem Inkrafttreten der WRV wurzelnden Ansprüche mit der Verfassung in Einklang stehen.

Die Staatsleistungen an die Kirchen sind entsprechend dem Verfassungsauftrag durch die Bundesländer abzulösen (Art. 138 Abs. 1 WRV). Der Ablösungsauftrag ist bis heute nicht ausgeführt worden, hat sich vielmehr zu einer „Bestandsgarantie auf Widerruf“ verfestigt, so daß die Staatsleistungen als ständige Einnahmeposition in den kirchlichen Haushalten erscheinen.“

Aus: Oberkirchenrat Dr. Jens Petersen, Referent für Steuerfragen in der Finanzabteilung des Kirchenamtes der EKD, „Die Kirchensteuer – eine kurze Information“, 2007; zu finden unter: <http://www.steuer-forum-kirche.de/>

„Da waren es nur noch vier“

Bei dem auch in Kreisen der Linkspartei heftig umstrittenen, von der EU-Kommission aber vorgeschriebenen Verkauf der Berliner Sparkassen nähert sich eine Entscheidung. Am 1. Juni läuft die Frist ab, bis zu der interessierte Investoren verbindliche Angebote für den Kauf beim Berliner Senat abgeben müssen. Dann beginnt die Schlussrunde, die bis Jahresende abgeschlossen sein soll. Anfang Mai wurde bekannt, dass nach dem Rückzug der beiden US-Finanzinvestoren JC Flowers und Lone Star aus der Bieterver-

fahren sich nun auch die Westdeutsche Landesbank zurückgezogen hat. (Tagesspiegel, 9. Mai 2007) Von den sieben Interessenten, die Zugang zu den Geschäftsdaten der LBB bekommen hatten, sind damit nur noch vier übrig: der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV), die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die BayernLB sowie die Commerzbank als einziger privater Bieter. Aus Finanzkreisen hieß es, ein Preis von 4,5 Milliarden Euro, wie ihn die LBBW schon in der ersten Runde des Verfahrens geboten haben soll, sei der WestLB zu hoch. Der Berliner Finanzsenator Sarrazin soll angeblich

überlegen, alternativ zu einem kompletten Verkauf der Sparkasse 81 Prozente der Anteile an die Börse zu bringen. Dagegen dürfte aber die Linkspartei.PDS opponieren. Zudem ist unsicher, ob mit einem Börsengang für das Land so viel Geld zu machen ist wie mit dem Gesamtverkauf.

Über die Debatte in der Linkspartei.PDS hatten wir in einer früheren Ausgabe (PB 19/2006) bereits ausführlich berichtet. Hier ein weiterer Beitrag von Klaus Lederer, dem Berliner Landesvorsitzenden. Wir entnehmen ihn der März-Ausgabe der „rls-Standpunkte“. rül

Der „Fall“ Sparkasse Berlin:

Lackmustest für die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken

Als ich vor nun bald einem Jahr den Text „Privatisierung der Berliner Sparkasse?“ schrieb, ahnte ich die Bedeutung des „Falls“ Landesbank Berlin (LBB) für die linken Diskurse um Gestaltungspolitik und Gestaltungsmacht nur. Der Text war seinerzeit gedacht als Beitrag zur Diskussion, zur sachlichen Annäherung an landespolitische Handlungsspielräume bei der Sicherung des so genannten Drei-Säulen-Modells der deutschen Kreditwirtschaft und bei der Sicherung der deutschen Sparkassenlandschaft.

Die Bedeutung des Themas kann auch für die Zukunft der sich bildenden neuen Linken kaum unterschätzt werden. Bereits im Zusammenhang mit der rot-roten Koalitionsbildung im Oktober/November 2006 in Berlin hat der Fraktionsvorsitzende der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, die Frage des Verkaufs der Berliner Sparkasse zum Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der neuen Linken erklärt. Seitdem häufen sich Resolutionen, Unterschriftenlisten, Anträge, Artikel, in denen die Berliner Linkspartei ultimativ aufgefordert wird, die rot-rote Koalition zu beenden, wenn nicht entweder das Verkaufsverfahren an sich ausgesetzt oder aber zumindest im Ergebnis des Verfahrens an den Deutschen Sparkassen- und Giroverband verkauft wird. Selbst die „Financial Times Deutschland“ hat mittlerweile den Schuldigen ausgemacht, sollte der Sparkassensektor in Deutschland zukünftig weiter unter Druck stehen.¹

In der Tat, so mein Fazit nach nunmehr fast einem Jahr, wird das Verfahren zum Verkauf der LBB zum Lackmustest für die Glaubwürdigkeit der neuen Linken. Es wird der Lackmustest dafür, ob sich die Linke schwierigen, widersprüchlichen Situationen stellt und unter extrem komplizierten Bedingungen versucht, das Maximum für die Menschen

rauszuholen, oder ob sie – um ihrer eigenen Unbeflecktheit willen – das Feld der Auseinandersetzung schon räumt, bevor diese überhaupt entschieden ist. Dahinter steckt nämlich die entscheidende Grundfrage, ob Glaubwürdigkeit eine Sache des Bekenntnisses ist oder eine Sache des Anspruchs an sich selbst: überzeugende, tragfähige Lösungen und Konzepte anzubieten, selbst wenn man in den gegenwärtigen Kräfteverhältnissen nicht die Oberhand hat oder sogar eine Auseinandersetzung zu verlieren droht. So oder so.

Das Verkaufsverfahren läuft

Inzwischen hat das diskriminierungsfreie Verkaufsverfahren für die Bankgesellschaft Berlin, jetzt Landesbank Berlin AG, begonnen. 19 Bieter haben sich beim Land Berlin beworben, darunter einige große internationale Investmentgesellschaften, aber auch der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und einige Landesbanken.

Derzeit werden die Bewerbungen gesichtet, bevor es dann mit einigen ausgewählten „preferred bidders“ in die nächste Auswahlrunde geht. Bis zum Ende des Jahres 2007 muss das Verkaufsverfahren abgeschlossen sein.

Streit um die Europarechtskonformität des Sparkassensektors geht weiter

Der Eröffnung des Bieterverfahrens ging ein erneuter Streit zwischen EU-Kommission und Bundesregierung voraus – um die Frage, ob § 40 Kreditwesengesetz (KWG), der den Status öffentlich-rechtlicher Sparkassen im deutschen Recht sichert, mit europäischem Recht vereinbar sei. Hierzu muss bedacht werden, dass die EU-Kommission schon seit einigen Jahren gegen die Bundesrepublik wegen § 40 KWG ein Vertragsverletzungsverfahren laufen hat, welches zunächst mit dem Fall von besonderen Garantien im Jahr 2005 beigelegt wurde.

Im Zusammenhang mit dem Fall Berlin war insbesondere die Frage relevant, ob die Auflage der EU-Kommission zum diskriminierungsfreien Verkauf der Landesbank auch das „rote S“ umfasste. Die Kommission stellte sich auf den Standpunkt, dass dies in der Tat so sei.

In der Kommissionsentscheidung selbst findet sich hierzu kein Satz. Mit guten Argumenten konnte man sich auch auf den Standpunkt stellen, dass wegen der EU-Auflage (nur) der Verkauf der Unternehmenssubstanz diskriminierungsfrei erfolgen müsse. Dies hätte dann zur Konsequenz, dass im Falle eines privaten Erwerbers das „S“ eben nicht genutzt werden könnte.²

Der Streit zwischen EU-Kommission und Bundesregierung wurde allerdings mit einem Kompromiss beigelegt, nach welchem Berlin in Bezug auf § 40 KWG als Ausnahmefall behandelt werden soll. Das bedeutet: in Berlin wird das „rote S“ mit zum Verkauf ausgeschrieben.

Auch wenn dies einen Verstoß gegen den Wortlaut des § 40 KWG zur Folge habe, gehe in diesem Fall die europarechtliche Entscheidung vor. In allen anderen Ländern gilt § 40 KWG wie ehemals mit all seinen strengen Maßgaben: einschließlich (mehrheitlich) öffentlicher Trägerschaft und gemeinnütziger Gewinnverwendung.

Aussetzung des Verkaufsverfahrens?

Was bedeutet das nun für die Berliner Situation? Ich werde oft gefragt, warum von uns das Verfahren nicht ausgesetzt werden könne. Warum verweigert die Berliner Landesregierung der EU-Kommission gegenüber nicht einfach den Verkauf der Landesbank?

Dazu Folgendes: Die EU-Auflage ist ergangen und sie wurde von der Bundesrepublik nicht angefochten. Sie ist inzwischen lange rechtskräftig und selbstverständlich zu befolgen. Diese Auflage geht sogar deutschem (Verfassungs-) Recht vor, denn es gilt der sog. Anwendungsvorrang des europäischen Rechts. Sie zu missachten hieße zum einen, dass die EU-Kommission die positive Beihilfeentscheidung zur sog. Risikoabschirmung selbst aussetzen könnte.

Denn die EU-Kommission hat die Auflage nicht aus heiterem Himmel erlassen, sondern weil sie dazu – wegen der Notifikationspflicht der „Rettungsbeihilfe“, die das Land Berlin der Landesbank hat angedeihen lassen – befugt war. Das Land wollte die Berliner Bankgesellschaft retten und sanieren, hierzu

eine Beihilfe („Risikoabschirmung“) ausreichen; der von der EU-Kommission verlangte Preis war die Verkaufsaufgabe. Aus ihrer Perspektive war das konsequent. Hätte es kein Berliner Bankenkonstrukt (mit Zustimmung des DSGVO!) gegeben, wäre die Berliner Landesbank nicht in den Strudel des Bankenskandals geraten, hätte 2001 der öffentlich-rechtliche Haftungsverbund gegriffen bzw. hätte es keinen Beihilfefall gegeben – so wäre diese konkrete Handhabe der EU-Kommission anhand des „Berliner Falls“ niemals entstanden.

Ohne die positive Beihilfeentscheidung der EU-Kommission stünde die Landesbank Berlin, samt unselbständiger Abteilung Sparkasse, allerdings heute genau so da wie schon einmal 2001. Sie wäre schließungsbedroht, weil die Eigenkapitaldecke des Unternehmens unter die kreditrechtlichen Haftungsgrenzen sinken würde. Wir hätten also dann nicht eine „Berliner Sparkasse für alle“, sondern eine Landesbank, die die Bundesaufsicht für Finanzdienstleistungen sofort schließen müsste.

Zweitens aber, und das finde ich aus linker Perspektive viel gravierender, hätte die EU-Kommission schlagartig sämtliche Handhabe, das Vertragsverletzungsverfahren gegen den deutschen Sparkassensektor insgesamt wieder aufzunehmen.³ Denn welchen besseren Beweis gäbe es aus ihrer Sicht für die „marktverzerrende, abschottende, den freien Wettbewerb hindernde“ Politik von Ländern und öffentlich-rechtlichen Bankinstituten im Mitgliedstaat Bundesrepublik, als die Weigerung, die Auflage der Kommission nach Geist und Buchstaben zu erfüllen? Nach meinem Dafürhalten wäre diese Auseinandersetzung noch sehr viel schwieriger zu bestehen als alle bisherigen Auseinandersetzungen.

Änderung des Berliner Sparkassengesetzes?

Gleiches gilt für Änderungen des Berliner Sparkassengesetzes mit dem Ziel, das diskriminierungsfreie Ausschreibungsverfahren zu unterlaufen. So wurde uns etwa angeraten, die Pflicht des Käufers zur gemeinnützigen Gewinnverwendung in das Berliner Sparkassengesetz mit aufzunehmen. Es hatte aber seine Gründe, warum das Sparkassengesetz genau so formuliert worden ist, wie es seine gegenwärtige Fassung ist: Unbestritten ist, dass bei dem anstehenden LBB-Verkauf auch gemeinwohlbezogene Auflagen gemacht werden dürfen, ohne gleich die Diskriminierungsfreiheit des Verkaufsverfahrens zu gefährden. Wir haben das getan und stehen auch dazu: Auferlegt werden soll die Pflicht zur Führung des „Girokontos für Alle“, zur Sicherung des Unternehmenssitzes in Berlin, zur Er-

haltung des Regionalprinzips für die Sparkassentätigkeit, zur Sicherung der Arbeitsplätze und zur Erhaltung des dichten Filialnetzes für Bevölkerung und den Klein- und Mittelstand.⁴

Gegen derartige Auflagen spricht nichts, weil und solange sie von allen Bietern gleichermaßen beachtet werden müssen und auch beachtet werden können. Daraus folgende Einbußen an Gewinnerträgen wären durch den Käufer hinzunehmen, sie schlagen sich dann in einem geringeren Kaufpreisgebot nieder: Berlin erhält also weniger Geld für seine Bank. Mit der Konsequenz, dass ein größerer Teil der Lasten des Bankenskandals nicht aus Einnahmen, sondern aus Berliner Steuergeldern getilgt werden müssen. Aber das ist der akzeptable Preis für die Sicherung der Gemeinwohlbindungen.

Genauso klar ist es aber auch, dass eine Verankerung der gemeinnützigen Gewinnverwendung im Gesetz alle privaten Bieter per se davon abhalten dürfte, mitzubieten. Selbst öffentlich-rechtlichen Bietern, wie dem DSGV, dürfte kaum mehr ein Gebot möglich sein als der berühmte symbolische Euro. Denn auch öffentlich-rechtliche Bieter zahlen mit richtigem Geld und müssen ihren Kaufpreis durch das Geschäft im erworbenen Unternehmen refinanzieren. Und das könnten sie dann schlicht nicht, denn sie dürften dies nicht aus dem unternehmerischen „Erfolg“ tun. Damit wäre eine entsprechende Änderung des Sparkassengesetzes eine faktische Diskriminierung privater Bieter – und damit ein klarer Verstoß gegen die EU-Auflage. Mit der oben bereits genannten Konsequenz für das Schicksal der Beihilfeentscheidung und vermutlich auch mit der geschilderten Konsequenz für das Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik und den Sparkassensektor. Das können und werden wir nicht in Kauf nehmen. Denn dann wäre Berlin wirklich der Einbruch in das deutsche Sparkassenlager.

Das Ansinnen scheint auf den ersten Blick das richtige Ziel zu verfolgen – und hat aller Voraussicht nach genau die gegenteilige Konsequenz: sowohl für die Berliner Sparkassenlandschaft als auch für das Drei-Säulen-Modell der deutschen Kreditwirtschaft.

Soviel Sparkasse wie möglich sichern!

Wir sind uns in Berlin bewusst, dass die EU-Kommission das Drei-Säulen-Modell der Kreditwirtschaft in Deutschland als Fremdkörper im europäischen Binnenmarkt ansieht und loszuwerden trachtet. Deswegen wird die EU-Kommission mit Argusaugen beobachten, wie sich das Land Berlin im Verkaufsverfahren verhält, ob es hierbei die Vorgaben beachtet und diskriminierungsfrei vorgeht. Sie wird auch genau schauen, wie sich die öffentlich-rechtlichen Bieter, etwa der DSGV und die Landes-

banken, im Verfahren verhalten. Sollte es nur den Funken eines Zweifels geben, dass sich Berlin oder die öffentlich-rechtlichen Interessenten regelwidrig verhalten, wird die EU-Kommission dies erneut aufgreifen und zum Anlass nehmen für die Grundsatzauseinandersetzung um die Berechtigung eines Sparkassensektors in Deutschland. Natürlich sind wir froh, dass sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband am Berliner Verkaufsverfahren beteiligt. Und selbstverständlich würden wir es begrüßen, wenn er sich mit seinem Gebot letztlich durchsetzen könnte.

Ein Austritt der Berliner Linkspartei aus der rot-roten Koalition würde an dieser Gemengelage nichts ändern. Sich bei der Entscheidung über Rot-Rot vom Erfolg oder Misserfolg öffentlich-rechtlicher Bieter in einem diskriminierungsfreien Ausschreibungsverfahren abhängig zu machen, ist letztlich ähnlich überzeugend wie eine Koalitionsentscheidung nach der zukünftigen lokalen Wetterlage.

Zumal wir das Ergebnis des Verfahrens nur in sehr engen Grenzen selbst in der Hand haben. Die Konfliktlinien verlaufen im Übrigen, was das betrifft, nicht zwischen den Koalitionspartnern Linkspartei und SPD, sondern zwischen der deutschen Drei-Säulen-Tradition im Bankensektor und den Zielvorstellungen der EU-Kommission von der Beschaffenheit der Finanz- und Kreditmärkte.

Wir meinen, dass die Bundesrepublik auch zukünftig die drei kreditwirtschaftlichen Säulen dringend braucht. Nicht nur wegen des gesellschaftlichen Engagements kommunaler Sparkassen, wegen ihrer volkswirtschaftlichen Produktivität und Mittelstandsfreundlichkeit, sondern vor allem, weil nur eine bunte, kleinteilige Marktstruktur verhindern kann, dass im Bankensektor bald ähnliche Verhältnisse herrschen wie in der Energiewirtschaft.

Deshalb werden wir einen klaren Kopf bewahren und besonnen handeln: für den Erhalt von soviel sparkassentypischer Leistung in Berlin und für den Erhalt des Sparkassensektors in Deutschland. *Klaus Lederer*

1 Financial Times Deutschland, 30.1.2007.

2 B. Nagel, Die Veräußerung der Berliner Sparkasse und die Vereinbarkeit von § 40 KWG mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht, Kassel, 3.11.2006, meint ohnehin, die Landesbank Berlin sei zur Führung einer Sparte mit der Bezeichnung „Sparkasse“ nicht befugt.

3 Nur wenige Tage nach der Einigung zwischen Kommission und Bundesregierung im „Namensstreit“ hat die EU-Kommissarin Nellie Kroes deutlich gemacht, dass sie im deutschen Sparkassensektor nach wie vor ein zu beseitigendes Hemmnis des EU-Binnenmarktes sieht.

4 Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vom 20. Februar 2007: Verkauf der Landesbank Berlin: Sicherung sparkassentypischer Bankdienstleistungen.

12. Mai. Magdeburg. Kommunalpolitische Konferenz der Linkspartei.PDS zum Umgang mit Rechtsextremisten: Mehr Demokratie wagen! Gegen rechts! (10.30 Uhr bis 15 Uhr).

18. Mai. Berlin. Ende der Urabstimmungen bei Linkspartei.PDS und WASG über die Verschmelzung der beiden Parteien. Die Auszählungen finden am 19. Mai statt.

19. Mai / 20. Mai. München. Gruppe Arbeiterstimme „Neue Hoffnungen der Linken?“ Bewegungen in Venezuela, Lage in Kolumbien usw. München, Kulturladen Westend, Ligsalzstr. 44 (Anmeldungen 0911/ 51 80 381 abends)

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

22. Mai. München. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe und genaue Termine und Veranstaltungen usw. siehe www.heiligendamm-2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

15./16. Juni. Berlin. Letzte Parteitage von Linke.PDS und WASG; Gründungsparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. 2. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

26 bis 28. Oktober. Hamburg. Programmparteitag der SPD.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag der IG Metall.

7. bis 9. November. Potsdam. Bundestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Soziale Ungleichheiten und Armut sind nicht neu, sondern seit langem Bestandteil unserer Gesellschaftsordnung. Während in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs und sozialen Fortschritts die Hoffnung vor-

herrschte, dass sich soziale Ungleichheiten im Laufe der Zeit abschwächen würden, sehen wir, dass soziale Spaltungen und Armut in der Gesellschaft zunehmen. Die Bundestagung 2007 soll deshalb in den Handlungsfeldern Arbeit und Beschäftigung, Bildung und Ausbildung, soziale Rechte und 24 Menschenrechte sowie Wohnen und Gesundheit die tatsächlichen Chancen wohnungsloser Menschen zur sozialen Integration untersuchen. Müssen die Ziele sozialer Integration neu definiert werden? Muss der Abbau sozialrechtlicher Ansprüche aus der Perspektive der Menschenrechte grundsätzlich hinterfragt werden? Das sind nur einige der Fragen, die der dreitägige Kongress beantworten möchte. Nähere Info: www.bagw.de.

32. bis 4. Dezember. Hannover. CDU: 21. Parteitag (Verabschiedung des neuen Grundsatzprogramms)

21. Mai 2008. Osnabrück. 97. Deutscher Katholikentag.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Febr.	Hamburg	Land/Kom.	24.2.	4 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemberg	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Linke Sommerschule in Erfurt

Vorankündigung:

Die Linke Schule im Sommer 2007 findet statt vom **2. bis 5. August** in der Jugendherberge Erfurt.

Thema Kurs „**Kulturwissenschaften**“: Gesellschaft/Gemeinschaft.

Thema Kurs „**Wirtschaft**“: Welthandel, wahrscheinlich Wirtschaftsraum USA-Europa.

Allgemeine Infos: Die Sommerschule findet wie schon im Vorjahr und Winter diesen Jahres in Thüringens Landeshauptstadt **Erfurt** statt. In der Jugendherberge „Hochheimer Straße“ tagen wir wieder, in der „Jugendherberge Klingenstraße“ übernachten wir wieder. Beide liegen nur etwa 3 Minuten Fußweg auseinander.

Adresse: JH Erfurt, Hochheimer Str. 12, Klingenstraße 4, 99094 Erfurt, Tel. 0361 – 5626705.